



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6065 Guggisberg Auswirkungen von Corona-Massnahmen auf Psyche, Suizid-Rate und häusliche Gewalt**

An der Fragestunde vom 7.12.20 führte BR Berset aus, für 2020 über keine Zahlen zu Suiziden und Fällen häuslicher Gewalt zu verfügen.

1. Wann werden diese Zahlen veröffentlicht?
2. Fällt der Bundesrat seine Entscheide über einschränkende Corona-Massnahmen unabhängig von den negativen Auswirkungen der Massnahmen auf die Psyche der Bürger?
3. Als wie stark erachtet der Bundesrat den Einfluss der Corona-Massnahmen auf die Psyche der Bürger?

#### **Antwort**

1. Zahlen zu häuslicher Gewalt liefert die Kriminalstatistik des Bundesamts für Statistik. Jeweils im März werden die Informationen des Vorjahres veröffentlicht. Für März 2021 ist eine Sonderanalyse geplant, mit der die Entwicklung der Straftaten im Bereich der häuslichen Gewalt während der «ausserordentlichen Lage» von März bis April 2020 aufgezeigt werden soll. Die Suizidzahlen des Jahres 2020 werden im Dezember 2022 veröffentlicht.
2. Das Thema psychische Gesundheit fliesst ins Krisenmanagement ein. Bereits zu Beginn der Corona-Pandemie hat das Bundesamt für Gesundheit Subventionsverträge für Hilfs- und Beratungsangebote abgeschlossen. Damit soll sichergestellt werden, dass den Menschen in der Pandemie eine Anlaufstelle zur Verfügung steht, um über ihre Sorgen und Ängste zu sprechen. Zudem initiierte das Bundesamt für Gesundheit am 10. Dezember 2020 gemeinsam mit verschiedenen Partnern einen Aktionstag zur psychischen Gesundheit, um die breite Bevölkerung für die Thematik zu sensibilisieren und auf Hilfsangebote aufmerksam zu machen.
3. Eine Studie im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit zum Einfluss der Covid-19 Pandemie auf die psychische Gesundheit zeigte kein einheitliches Bild. Die Mehrheit der Bevölkerung in der Schweiz scheint die Krise bisher gut zu bewältigen. Gewisse Personengruppen sind aber stärker gefährdet. Vereinbarkeitsprobleme, Jobunsicherheit, finanzielle Probleme und Zukunftsängste können das psychische Wohlbefinden beeinträchtigen.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6068 Wasserfallen Christian Wirkungsvolle Eindämmung der Pandemie dank Digitalisierung**

Die Privatwirtschaft macht enorme Anstrengungen, um das Contact-Tracing, gemäss Empfehlung des Bundesrates, digital anzubieten. Die öffentliche Hand sollte damit in der Lage sein, diese Daten per Knopfdruck und ohne Zeitverlust übergeben zu können. Leider agieren die Behörden nach wie vor grösstenteils mit analogen Massnahmen wie Personenbeschränkungen oder Lockdowns. Wieso gibt es beim Contact-Tracing keine schweizweite digitale Lösung zwecks Information infizierter Personen?

#### **Antwort**

Der Bund hat gemeinsam mit den Kantonen ein neues IT-System für das Contact Tracing aufgebaut. 16 Kantone und das Fürstentum Lichtenstein nutzen dieses mittlerweile. In den weiteren Kantonen stehen andere Systeme im Einsatz.

Der Bund kann lediglich ein IT-System empfehlen, nicht aber ein einheitliches System vorschreiben. Die Verantwortung für das Contact Tracing liegt laut Epidemien-gesetz bei den Kantonen. Das heisst sie sind frei zu entscheiden, mit welchen Hilfsmitteln dieses durchgeführt werden soll.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6069 Wasserfallen Christian Schnelltests statt Kontakt-Quarantäne**

Die Reisequarantäne hat sich als nicht wirksam und gerechtfertigt erwiesen. Für die Gesellschaft und Wirtschaft gestaltet sich nun die Kontakt-Quarantäne als immer grösseres Problem. Es ist nicht ersichtlich, wieso die symptomatische Person einen Schnelltest machen kann, die mit ihr in Kontakt geratene hingegen nicht. Damit werden unnötig tausende von Personen in Quarantäne geschickt und können nicht ihrer Arbeit nachgehen.

Ab wann werden Schnelltests statt einer starren Quarantäne eingesetzt?

#### **Antwort**

Aufgrund der einfachen Anwendung und der Schnelligkeit, mit der Ergebnisse zur Verfügung stehen, stellen Schnelltests ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie dar. Sie machen eine Quarantäne jedoch keinesfalls obsolet, da die Aussagekraft sowohl von PCR- als auch Schnelltests am Anfang der Quarantäne zu gering ist.

Der Bundesrat prüft jedoch zurzeit, ob eine Verkürzung der Quarantäne in Kombination mit dem Einsatz von Tests möglich ist.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6071 Herzog Verena

#### **Will der Bundesrat nur noch 1-Kind-Familien wie in China?**

Zweckmässige Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus zu Gunsten der Gesundheit und der Wirtschaft sind dringend. Doch die neusten Massnahmen sind kontraproduktiv (Stau vor 19 Uhr in Läden und Restaurants) und reine Schikane gegenüber Familien.

Will der Bundesrat tatsächlich nur noch 1-Kind-Familien wie in China oder diese mindestens bevorzugen? Wie will konkret der Bundesrat solche Vorschriften überprüfen?

Wäre es nicht sinnvoller, nur die Anzahl Haushalte festzulegen, die sich treffen können?

### Frage 20.6085 Dettling

#### **Willkür des Bundesrates?**

Der Bundesrat plant verschiedene Massnahmen welche nicht erklärbar sind.

- Wie kommt der Bundesrat auf die völlig weltfremde 2 Familien Regel?
- Wie begründet der mehrheitlich kinderlose Bundesrat die 5 Personen Regel?
- Eine Familie mit 2 Kindern über 18 Jahren und 2 Kindern unter 18 Jahren darf sich nicht mehr mit Ihren Verwandten treffen?
- Wie begründet der Bundesrat die willkürliche Festlegung der Schliessung der Gastrobetriebe um 19.00 Uhr?

### Frage 20.6098 Rügger

#### **Keine Diskriminierung für Mehrkinderhaushalte als Covid-Massnahme**

Die maximale 5 Personen Regelung diskriminiert Mehrkinder-Familien und Patchworkfamilien.

Kann der Bundesrat sagen, welche Kinder und ab welchem Alter die überzähligen Kinder und Familienangehörigen aus der Familien ausgeschlossen werden sollen?

Hat der Bundesrat eine Auffangstelle vorgesehen? Sieht der Bundesrat ein, wie unsozial, diskriminierend und überbordend solche kommunistischen Ideologien sind?

### Question 20.6107 Moret Isabelle

#### **Interprétation de la notion de "ménage"**

Dans le cadre de ses pistes de réflexions sur les mesures à prendre contre le COVID, le Conseil fédéral utilise souvent la notion de "deux ménages" pour limiter les contacts.

Un couple vivant à deux adresses différentes est-il considéré comme un seul ménage ou non?

Ne devrait-il pas l'être, puisque qu'un couple est forcément en contact étroit ?  
Ce d'autant plus qu'un couple marié est même autorisé à avoir deux domiciles différents ?



### **Antwort**

Die epidemiologische Lage ist besorgniserregend. Der Bundesrat hat deshalb am 11. Dezember schweizweite Massnahmen ergriffen, um einen unkontrollierten Anstieg der Fälle und damit eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Die Massnahmen zielen darauf ab, Personenkontakte zu reduzieren und Menschenansammlungen zu vermeiden.

Die Beschränkung privater Treffen auf wenige Leute ist ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung der Pandemie. Der Bundesrat hat aber am 11. Dezember darauf verzichtet, die maximale Personenanzahl weiter einzuschränken. Die Grenze von 10 Personen wird beibehalten. Die Beschränkung privater Treffen auf zwei Haushalte ist eine dringende Empfehlung des Bundesrates. Diese wird durch eine neue Kampagne des Bundesamtes für Gesundheit kommunikativ begleitet.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6072 Bregy**

#### **Pragmatische Quarantäne im Profifussball- und Eishockey dank Schnelltests**

Die Profiligen in Fussball und Eishockey haben in enger Abstimmung mit dem BAG und der VKS (Vereinigung Kantonsärzte) wirksame Schutzkonzepte erarbeitet. Bei positiven Test sehen diese eine Isolation für Einzelpersonen, nicht aber Quarantäne für die ganze Mannschaft vor.

Wieso werden die Konzepte nicht umgesetzt, sondern ganze Teams in Quarantäne geschickt, obwohl Schnelltests verfügbar sind? Wieso werden für die Quarantäne keine pragmatischen Lösungen ermöglicht, die Training und Spielbetrieb erlauben?

#### **Antwort**

Der zuständige kantonsärztliche Dienst nimmt im Falle eines positiven Testergebnisses innerhalb einer Sportmannschaften eine differenzierte Beurteilung vor. Diese umfasst einerseits eine Prüfung der Einhaltung des Schutzkonzeptes und andererseits eine Beurteilung, welche Personen aus der Mannschaft oder dem Betreuerstab enge Kontakte mit der positiv getesteten Person hatten. Treten in einer Mannschaft mehrere positive Fälle auf, ist es meist nicht möglich, zwischen Personen mit und ohne engem Kontakt zu unterscheiden. Führt die Beurteilung jedoch zum Schluss, dass enge Kontakte nur zwischen klar definierbaren Personen stattfanden, so empfiehlt das BAG, nicht die gesamte Mannschaft in Quarantäne zu setzen.

Schnelltests können die Schutzkonzepte ergänzen, aber andere Massnahmen nicht ersetzen.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6077 Studer**

#### **EDI-Bericht zur IV-Begutachtung: Optimierung Zufallsauswahl bei den polydisziplinären Gutachten**

Seit Ende 2019 darf pro Auftrag höchstens ein Gutachter auch für andere polydisziplinäre Gutachterstellen tätig sein. Trotzdem empfiehlt der EDI-Bericht zusätzliche Massnahmen gegen die Aushebelung der Zufallsauswahl: Mehrfachbeschäftigungen sollen «konsequent» beschränkt, Verbünde nicht zugelassen und Name/Unterschrift des Koordinators festgehalten werden. Werden diese Empfehlungen konsequent umgesetzt und wenn ja wie? Wird bei verschachtelten Eigentumsstrukturen Transparenz verlangt?

#### **Antwort**

Das BSV wird diese Empfehlungen als Vorgabe an die Gutachterstellen Anfang 2021 zukommen lassen. Es ist an jeder einzelnen Gutachterstelle gelegen, die Vorgaben des BSV umzusetzen. Dank der Gutachterliste hat das BSV die Möglichkeit zu prüfen, mit welchen Gutachterinnen und Gutachtern eine Gutachterstelle zusammenarbeitet. Aus dem im Internet jährlich veröffentlichen SuisseMED@P-Reporting sind unter anderem die Namen der Gesellschafterinnen und Gesellschafter bzw. der Mitglieder des Verwaltungsrates, der Mitglieder der Geschäftsführung und der medizinischen Leitung jeder Gutachterstelle ersichtlich. Mit der Weiterentwicklung der IV ist eine unabhängige Kommission für Qualitätssicherung im Gutachterwesen vorgesehen, welche öffentliche Empfehlungen unter anderem zu Kriterien der Zulassung von Gutachterstellen und deren Einhaltung herausgeben wird.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6079 Fischer Roland**

#### **Ausbreitung des Corona-Virus: Wie hoch sind die Ansteckungen in gastgewerblichen Betrieben?**

Gastgewerbliche Betriebe (Hotel, Restaurant, Bar, Club) müssen in der ganzen Schweiz die Kontaktdaten eines Gastes erheben. Ansteckungen in gastgewerblichen Betrieben sollten deshalb mit Hilfe des Contact-Tracing zurückverfolgt werden können und bekannt sein.

Wie hoch ist der Prozentsatz der Ansteckungen, die in einem gastgewerblichen Betrieb erfolgen?

#### **Antwort**

Die Pflicht zur Erhebung von Kontaktdaten in gastgewerblichen Betrieben gilt schweizweit erst seit dem 9. Dezember, in einigen Kantonen schon länger. Von den eingegangenen Infektions-Meldungen enthalten nur rund ein Drittel eine Angabe zum vermutetem Ansteckungsort. 7 Prozent der befragten Personen geben Bars oder Restaurants und 2 Prozent Discos oder Clubs als Ansteckungsort an. Aus amerikanischen Studien weiss man aber, dass die meisten Infektionen an sogenannten «Superspreader»-Orten stattfanden, wo sich mehrere Menschen in geschlossenen Räumen über längere Zeit aufhielten – dazu gehören unter anderem Fitnessstudios, Cafés und Restaurants.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6083 Walti Beat Zurück in die "ausserordentliche Lage"?**

Mit der Ankündigung schweizweiter Covid-Massnahmen am 8.12. (und allfälligen noch weitergehenden Massnahmen ab 18.12.) greift der Bundesrat in die Kompetenzen und die - eben noch verschärften - Konzepte der Kantone ein. Ist das nach Ansicht des Bundesrates unter der aktuell geltenden "Besonderen Lage" gem. EpG Art. 7 Abs. 2 lit. a u. b möglich, oder müsste dafür nicht eine "Ausserordentliche Lage" gem. EpG Art. 8 beschlossen werden? Wann und nach welchen Kriterien wird dies erwogen?

#### **Antwort**

Auch in einer besonderen Lage gemäss Epidemiengesetz kann der Bundesrat bei Massnahmen gegenüber der Bevölkerung schweizweit gültige Regeln erlassen. Zudem gibt das neue Covid-19-Gesetz dem Bundesrat die Kompetenz, die meisten Massnahmen fortzuführen, die er im Frühjahr in der ausserordentlichen Lage ergriffen hat. Aus diesen Gründen sieht der Bundesrat aktuell keine Rückkehr in die ausserordentliche Lage vor.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6086 Wehrli Vaccination covid

1. Le Conseil fédéral a-t-il l'intention de proposer une solution de certification de vaccination covid valable sur l'ensemble du territoire?
2. La « certification de vaccination COV1D » sera-telle bien informatisée et d'usage facile?
3. Une interface d'export avec la solution internationale est-elle prévue afin d'en assurer la reconnaissance indispensable?
4. Ces données étant sensibles, le standard de qualité de ce système est-il du niveau du Dossier électronique du patient?

### Réponse

Comme pour toutes les autres vaccinations, un carnet valable sur l'ensemble du territoire sera introduit. Il est également prévu de proposer une version électronique du carnet papier.

Les développements dans le domaine d'un carnet international de vaccination sont suivis de manière active, et différentes solutions sont examinées. Le standard de qualité correspondra à celui du dossier électronique du patient.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6090 Baumann

#### Was sagt der Bundesrat zu den Kosten des Pestizideinsatzes an der Umwelt?

Bei Chlorothalonil hat die in 20.5850 erwähnte Risikoabschätzung versagt, ebenso bei zahlreichen anderen Wirkstoffen, die wegen ihrer «inakzeptables Risiko für die menschliche Gesundheit und die Umwelt» inzwischen verboten wurden.

Zur Reinigung von mit Abbauprodukten kontaminiertem Grundwasser soll im Berner Mittelland nun erstmals ein Umkehrosmosefilter installiert werden, mit signifikanter Kostenfolge.

Was sagt der Bundesrat zu diesen Kosten des Pestizideinsatzes oder zu jenen an der Umwelt?

#### Antwort

Der Bundesrat verfolgt die Strategie, die Zuströmbereiche von Trinkwasserfassungen nachhaltig zu schützen. In seiner Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» hat er sich daher dafür ausgesprochen, dass in Zuströmbereichen nur noch Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden dürfen, welche nicht zu kritischen Metaboliten-Konzentrationen führen. Dies würde sicherstellen, dass teure Aufbereitungsverfahren wie die erwähnten Umkehrosmosefilter nicht notwendig werden.

Die Kosten, welche durch die Überschreitung der für Pestizide und deren Metaboliten geltenden Höchstwerte entstehen, variieren sehr stark. Grund dafür sind die Unterschiede der lokalen Gegebenheiten und der entsprechend gewählten Massnahmen. Vor diesem Hintergrund ist keine verlässliche allgemeine Kostenaussage möglich.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6091 Moret Isabelle

#### Mise en œuvre de l'article 5c al. 3 litt. b de l'ordonnance COVID-19 "stations de ski" du 4 décembre 2020 (1)

Cet article soumet l'autorisation d'exploitation d'un domaine skiable à la condition que le canton dispose des capacités nécessaires à l'identification des personnes présumées infectées.

Surchargé, Neuchâtel avait cessé début novembre de tester pendant une semaine les personnes symptomatiques en bonne santé, les renvoyant simplement au site coronacheck.

Si un canton devait à nouveau procéder de la sorte, le Conseil fédéral considère-t-il qu'il remplirait la condition de cet article?

### Question 20.6092 Moret Isabelle

#### Mise en œuvre de l'article 5c al. 3 litt. b de l'ordonnance COVID-19 "stations de ski" du 4 décembre 2020 (2)

Cet article soumet l'autorisation d'exploitation d'un domaine skiable à la condition que le canton dispose des capacités nécessaires à l'identification des personnes présumées infectées.

Surchargés, la plupart des cantons romands avaient, jusqu'il y a quelques jours, procédé à un traçage de crise allégé en limitant les enquêtes d'entourage.

Si un canton devait à nouveau procéder de la sorte, le Conseil fédéral considère-t-il qu'il remplirait la condition de cet article?

## Réponse

Les conditions d'autorisation concernant les domaines skiables selon lesquelles le canton doit assurer les capacités suffisantes pour le traçage des contacts visent précisément à lutter contre ces surcharges. En tant que responsables de l'exécution, les cantons sont tenus d'assurer les capacités correspondantes.

L'évolution de la situation épidémiologique peut conduire à ce que les capacités en matière de traçage des contacts soient déjà engagées, et qu'elles soient légèrement surchargées par l'exploitation des domaines skiables. En raison de l'arrivée de clients de différents cantons, l'échange de données intercantonal doit aussi fonctionner sans accroc. Si tel n'est pas le cas, le canton n'est pas autorisé à délivrer d'autorisations aux domaines skiables.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6096 Mäder**

#### **Wie definiert der Bundesrat eine religiöse Feier?**

Am 8. Dezember hat der Bundesrat kommuniziert, dass öffentliche Veranstaltungen mit Ausnahme von religiösen Feiern sowie Versammlungen von Legislativen verboten werden sollen.

Ich bitte den Bundesrat deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie werden religiöse Feiern definiert?

2. Gibt es eine Liste von Religionsgemeinschaften, die darunter fallen? Falls ja, wer erstellt diese und auf welcher Grundlage? Falls nein, wie soll diese Regelung ohne Willkür umgesetzt werden?

#### **Antwort**

1. Als religiöse Feiern gelten regelmässig und an Festtagen stattfindende Feiern von bekannten Glaubensgemeinschaften. Was als religiös gilt, wird durch das Grundrecht der Religions- und Kultusfreiheit bestimmt. Von diesem wird jede Beziehung des Menschen zum Göttlichen oder Transzendenten erfasst. Die Konfession ist kein Kriterium.

2. Es existiert keine Liste von Religionsgemeinschaften, welche für den Vollzug der Versammlungseinschränkung massgeblich ist. Der Vollzug orientiert sich in erster Linie am erwähnten Grundrechtsanspruch.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6099 Schwander Was erkennt der PCR – Test?**

Eine Auswertung der Antworten auf Fragen über COVID-19 zeigt, dass der Bundesrat mit "trial and error" versucht, die richtigen Massnahmen herauszufinden. Deshalb nochmals eine konkrete Anschlussfrage: Ist es richtig, dass die in einem PCR Test erkannten Genomsequenzen lediglich auf das Vorhandensein eines Virus hindeuten, das eng mit den Mitgliedern einer Virusspezies, genannt SARS (schweres respiratorisches Atemwegs Syndrom ) verwandt ist, CoV-2 aber nicht selektiv erkennt.

#### **Antwort**

Das PCR Verfahren weist in Patientenproben die Nukleinsäure eines Erregers nach. Bei den meisten PCR-Tests werden mehrere Genabschnitte des Virus vermehrt. PCR-Tests, die nur auf das Gen E abzielen, haben eine sehr niedrige Nachweisgrenze, könnten also auch SARS-Viren (SARS-CoV-1) oder MERS-Coronaviren nachweisen. Dies ist aber kein Problem, da diese Viren schon länger nicht mehr in der Schweiz zirkulieren. Es besteht also kein Risiko eines falschen Nachweises bei der Verwendung von PCR-Tests.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6108 Moret Isabelle

#### Soutien aux cantons débordés par le nombre d'enquêtes d'entourage à effectuer

Surchargés, la plupart des cantons romands avaient, jusqu'il y a quelques jours, procédé à un traçage de crise allégé en limitant les enquêtes d'entourage. Que pense le Conseil fédéral de l'efficacité de ce traçage de crise allégé ? Comment la Confédération pourrait-elle venir en soutien aux cantons débordés par le nombre d'enquêtes d'entourage effectuer ?

#### Réponse

L'interruption des chaînes de transmission est essentielle pour maintenir le nombre de cas le plus bas possible. Pour cela, l'identification des cas et des contacts doit être la plus rapide et la plus exhaustive possible. Toutefois, le Conseil fédéral est conscient que lorsque le nombre de cas est trop important, certains cantons ne parviennent pas à contacter les personnes-contacts en temps voulu. Des adaptations des procédures liées au traçage des contacts sont possibles, mais uniquement à titre provisoire. Dans ce cas, les capacités doivent être adaptées au plus vite.

Il incombe aux cantons de garantir un traçage des contacts efficace et sans faille. Afin de soutenir ce processus et au vu du nombre élevé de cas, le Conseil fédéral a décidé, lors de sa séance du 18 novembre 2020, de recourir une nouvelle fois au personnel de la protection civile.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6109 Moret Isabelle

#### Enquête d'entourage dans le cadre d'adolescents de plus de 12 ans à l'école obligatoire

Lorsqu'un élève de plus de 12 ans à l'école obligatoire est testé positif, certains cantons ne procèdent à aucun test des autres élèves de la même classe et n'avertissent pas les autres parents afin qu'ils redoublent de prudence. Ceci, alors que les élèves peuvent même avoir 16 ans à l'école obligatoire.

Pourtant, le Conseil fédéral explique (Question 20.5835) que dès 12 ans les enfants peuvent devenir contagieux et dès 16 ans autant que les adultes. Quelle est la position du Conseil fédéral ?

### Réponse

La Confédération n'est pas en mesure de se prononcer sur les pratiques cantonales. L'Office fédéral de la santé publique recommande qu'un enfant de plus de 12 ans testé positif soit traité comme un adulte. En conséquence, tous ses contacts étroits soient mis en quarantaine. C'est-à-dire l'ensemble des personnes avec lesquelles il a été en contact à moins de 1,5 mètre, pendant plus de 15 minutes et sans protection adéquate. Néanmoins, dans certains cantons, le port du masque dans les écoles est obligatoire dès l'âge de 12 ans. Par conséquent, lorsqu'un élève est positif, les autres élèves ne sont pas considérés comme des contacts étroits. Ceci peut expliquer les différences de procédure relative à la mise en quarantaine d'un canton à l'autre.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6111 Arslan**

#### **Eine rasche, klare, stufengerechte und mehrsprachige Informationspolitik tut not**

Die Verwirrung ist derzeit gross. Kantone informierten über ihre Zusatzmassnahmen zur Coronabekämpfung. Gleichzeitig wies auch der Bundesrat auf baldige Verschärfungen hin. Praktisch zeitgleich erfuhr man, dass ab Januar geimpft werden wird. Viele Personen sind durch diese Flut von — teilweise widersprüchlichen — Informationen überfordert. Vor allem diejenigen ohne genügende Kenntnisse der Landessprachen. Wie gedenkt der BR alle Bevölkerungsschichten über die aktuellen Massnahmen zu informieren.

#### **Antwort**

Es ist dem Bundesrat ein zentrales Anliegen, alle Bevölkerungsschichten transparent und nachvollziehbar über die aktuell gültigen Massnahmen zu informieren. Die Kampagnen des Bundesamtes für Gesundheit zielen darauf ab, die Massnahmen des Bundes bei der Bevölkerung zu verankern. Die Botschaften sind einfach formuliert und mit selbsterklärenden Piktogrammen versehen. Inhalte werden mehrsprachig aufbereitet. So sind die Faktenblätter des Bundesamtes für Gesundheit in 24 Sprachen übersetzt. Der Bund achtet zudem darauf, Botschaften in «einfacher Sprache» zu vermitteln.

Darüber hinaus unterstützt das BAG unter anderem das Schweizerische Rote Kreuz über die Plattform «*migesplus.ch*» finanziell bei der Sammlung mehrsprachiger Informationen von Akteuren wie den Kantonen und Gemeinden.



## **Ora delle domande del 14 dicembre 2020**

### **Domanda 20.5981 Marchesi Stranieri nell'esercito: uno scenario inaccettabile**

In una recente intervista il capo dell'esercito Süssli ha dichiarato la sua apertura a integrare cittadini stranieri nell'esercito.

1. Questa dichiarazione è condivisa dal Consiglio federale (CF)?
2. Ritiene eticamente e strategicamente corretto assumere stranieri nell'elemento di difesa nazionale?
3. Se sì, per che mansioni?
4. Cosa intende fare il CF per ovviare a questa presunta penuria di svizzeri che intendono lavorare per l'esercito?
5. Quali altri eserciti in Europa assumono stranieri?

### **Risposta**

Né il Consiglio federale né il capo dell'esercito prevedono di far prestare servizio militare nell'Esercito svizzero agli stranieri. L'articolo 59 della Costituzione federale sancisce a questo proposito che sono obbligati al servizio militare esclusivamente i cittadini svizzeri. Per le donne il servizio militare è volontario.

L'amministrazione militare è strettamente legata all'esercito di milizia. I collaboratori senza nazionalità svizzera lavorano già in questa amministrazione.

L'amministrazione militare continuerà a cogliere l'opportunità per reclutare personale altamente specializzato tra tutti i talenti presenti in Svizzera.

Alcuni piccoli Stati dell'Unione europea reclutano soldati che non possiedono la cittadinanza. Dal 2004 i cittadini UE di età compresa tra i 18 e i 34 anni possono accedere alle forze armate del Belgio. Anche l'esercito danese accetta reclute straniere, se vivono già in Danimarca e parlano la lingua. Il Lussemburgo consente a sua volta l'accesso all'esercito ai cittadini UE che vivono già da tre anni nel Paese e hanno tra i 18 e i 24 anni.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.5984 Riniker

#### Auswirkungen auf die Bestände bei der Schweizer Armee infolge zweitem Covid-19 Assistenzdienst

Den Armeeangehörigen (AdA) werden für den Assistenzdienst maximal 28 Tage für diesen Einsatz angerechnet.

- Müssen Wiederholungskurse in den nächsten Jahren verschoben werden?
- Wie viele AdA werden der Armee in den nächsten fünf Jahren in Zahlen und in welchen Einheiten konkret fehlen?
- Welche Massnahmen trifft der Bundesrat, damit dem Unterbestand entgegenge wirkt werden kann?
- Ist die Armee in der Lage, bei einer dritten Welle erneut im gleichen Ausmass in den Dienst einrücken zu können?

### Antwort

Insgesamt können den Armeeangehörigen für die beiden Assistenzdienste bis zu 76 Dienstage angerechnet werden, also maximal vier Wiederholungskurse. Diese Armeeangehörigen werden ihre Ausbildungsdienstpflicht schneller erfüllt haben als vorgesehen. Davon betroffen sind insbesondere Sanitäts- und Spitalformationen. Als Folge davon werden deren Bestände in den Wiederholungskursen tief sein und damit verbunden sinkt auch die Bereitschaft dieser Verbände in den nächsten Jahren.

Zu den konkreten Fragen können wir wie folgt Stellung nehmen:

- Eine Verschiebung von Wiederholungskursen ist derzeit nicht geplant.
- Die Auswertung des ersten Assistenzdiensteinsatzes zeigt für Sanitäts- und Spitalformationen bei den Ausbildungsdienstpflichtigen einen Bestandesrückgang von 20 bis 25%. Der zweite Einsatz wird 2021 ausgewertet.
- Die Armee hat ihre Rekrutierungsvorgaben angepasst, damit im kommenden Jahr mehr Sanitäts- und Spitalsoldaten rekrutiert werden als bis anhin. Die während des Assistenzdienstes entstandene Lücke lässt sich jedoch nicht in den nächsten Jahren schliessen. Dies, weil nicht wesentlich mehr Militärdienstpflichtige die Eignungskriterien erfüllen dürften oder bereit sein werden, sich zu Sanitäts- und Spitalsoldaten ausbilden zu lassen. Zudem ist die verfügbare Ausbildungsinfrastruktur und die Zahl an Ausbildnern mit dem erforderlichen Fachwissen beschränkt.
- Die Armee ist grundsätzlich in der Lage, bei einer dritten Welle erneut im gleichen Ausmass Armeeangehörige in den Einsatz zu bringen. Der Bundesrat kann sämt-



liche Militärdienstpflichtige für Assistenzdiensteinsätze aufbieten, ungeachtet davon, ob sie ihre Ausbildungsdienstpflicht erfüllt haben oder nicht.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6001 Riniker**

#### **Auswirkungen auf die Bestände beim Zivilschutz infolge zweitem Covid-19 Aufgebot**

Der Zivilschutz, mit seinen Schutzdienstpflichtigen (AdZS), wurde zur Bewältigung der zweiten Welle für die Bewältigung der Corona-Pandemie erneut aufgeboten.

- Müssen Wiederholungskurse in den nächsten Jahren durch die Covid-19-Einsätze verschoben werden?
- Wie viele AdZS werden dem Zivilschutz in den nächsten fünf Jahren in Zahlen und in welchen Bereichen konkret fehlen?
- Welche Massnahmen trifft der Bundesrat, damit dem drohenden Bestandesproblem entgegengewirkt werden kann?

#### **Antwort**

Die Durchführung und allfällige Verschiebung von Wiederholungskursen im Jahr 2021 hängt wesentlich von der Lageentwicklung der Covid-Krise ab. Die Kantone entscheiden - wie bereits während der ersten Welle im Frühjahr 2020 - aufgrund der jeweiligen Lage, des Unterstützungsbedarfs und der Aufträge an den Zivilschutz, ob und wie viele Wiederholungskurse durchgeführt oder später nachgeholt werden können.

Auf Ende 2020 werden im Rahmen der Inkraftsetzung des revidierten BZG diejenigen Zivilschutzangehörigen auf Stufe Mannschaft und Unteroffiziere entlassen, die bereits 14 Jahre Dienst geleistet haben. Der Bundesrat geht davon aus, dass rund 20% des derzeitigen Bestandes von rund 72'000 Zivilschutzangehörigen per Ende Jahr entlassen wird. Dies wird jedoch von Kanton zu Kanton unterschiedlich sein, je nach Jahrgangsstruktur und Einteilung der Zivilschutzangehörigen. Hinzu kommt, dass einige Kantone die Übergangsbestimmung zur Verlängerung der Schutzdienstpflicht bis zum 40. Altersjahr (Art. 99 Abs. 3 nBZG) anwenden. Eine genaue Bilanz wird deshalb erst Anfang 2021 möglich sein.

Das VBS ist vom Bundesrat beauftragt, die Problematik der drohenden Bestandeslücken anzugehen. Der Bericht "Alimentierung von Armee und Zivilschutz" wird derzeit zusammen mit den Kantonen erarbeitet und wird bis im Sommer 2021 vorliegen.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6076 Giezendanner**

#### **Warum gehört die Logistik der Impfstoffe nicht in die Hände von privaten Logistikunternehmen?**

In mehreren Zeitungen, wie auch auf der Website des Bundes, ist zu lesen, dass die Armee mit der Aufgabe betraut wird, die Lagerung und den Transport von Impfstoffen, die in die Schweiz importiert werden, durchzuführen. In Deutschland werden, Stand jetzt, private Logistikunternehmen mit dieser Aufgabe betraut. Die Möglichkeit, dass eventuell Lagerhäuser von der Bundeswehr bewacht werden müssen, ist subsidiär anzusehen. Warum wird in der Schweiz von einer analogen Lösung abgesehen?

#### **Antwort**

Artikel 63 der Epidemienverordnung, der Influenza-Pandemieplan Schweiz und das dazugehörige Handbuch Impfung definieren die Kompetenzaufteilung und Zuständigkeiten für die Beschaffung und Verteilung von Impfstoffen. Die Armee ist gestützt auf diese Grundlagen zuständig für die Lagerung und den Transport der Impfstoffe.

Expertenmeinungen und Marktabklärungen haben gezeigt, dass das nationale zivile Potential nicht vorhanden ist, um die grossen Mengen von Impfstoffen entgegen zu nehmen, zu lagern, zu kühlen und zu verteilen. Insbesondere Lieferketten für die Ultratiefkühlung bis minus 80 Grad Celsius existieren in der Schweiz nicht im notwendigen Umfang. Die für die Impfstoffe notwendige Sicherheit bei der Erstannahme, während der Lagerung und während dem Transport sind weitere Argumente die dafürsprechen, dass diese Aufgaben durch die Armee wahrgenommen werden.

Die Armee wird im Bedarfsfall bei der Auslieferung an die Kantone und an das Fürstentum Liechtenstein auf Fahrzeuge von zivilen Transportlogistikunternehmen zurückgreifen. Viele zivile logistische Leistungserbringer sind bereits fester Bestandteil der kantonalen Verteilkonzepte.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6101 Weichelt-Picard Sponsoring der Armee durch Rüstungsfirmen**

ist der Bundesrat oder das zuständige Departement bereit, Rüstungsfirmen für das Sponsoring der Armee auszuschliessen? Ist es korrekt, dass die Armee Geld von GDELS-Mowag erhalten hat und die Firma gleichzeitig Mannschaftsfahrzeuge umrüstet sowie die Armee gleichzeitig einen neuen Mörser beschafft, der unter anderem aus Piranha-Radpanzern der Mowag besteht?

#### **Antwort**

Bei der Annahme von Sponsoringleistungen übt die Armee Zurückhaltung aus. Es dürfen bei einem allfälligen Sponsoring insbesondere keine einseitigen Abhängigkeiten zum Sponsor entstehen. Zudem sind die Vorschriften des Bundes über das öffentliche Beschaffungswesen zu beachten.

Im Rahmen dieser Grundsätze werden Rapporte von Grossen Verbänden regelmässig von Firmen mit Einzelbeträgen oder auch Naturalleistungen gesponsert. Für einen solchen Anlass hatte auch GDELS-Mowag einen Sponsoringbeitrag geleistet.

Für Beschaffungen von Armeematerial ist jedoch nicht die Armee, sondern das Bundesamt für Rüstung (armasuisse) zuständig. Sowohl beim Projekt 12 cm Mörser 16 als auch beim Werterhalt der Duro Mannschaftstransporter erhielt die Firma GDELS-Mowag als Generalunternehmerin den Zuschlag von der armasuisse.

Die Interne Revision VBS wurde vom Departement im Jahr 2019 mit einer vertieften Prüfung der Thematik «Sponsoring im VBS» beauftragt. Der entsprechende Bericht ist öffentlich zugänglich. Das VBS ist derzeit daran, die Empfehlungen aus diesem Bericht umzusetzen.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.5946 Borloz

**Comment le Conseil fédéral prévoit-il de coordonner les besoins relatifs à l'aménagement du territoire pour permettre le développement de la mobilité à hydrogène à l'échelle nationale ?**

Le plan sectoriel des transports mis en consultation par le DETEC ne contient pas le mot "hydrogène". Néanmoins, le Conseil fédéral intègre-t-il le développement technologique pour la mobilité routière dans sa vision ? En particulier, comment le Conseil fédéral prévoit-il d'exploiter des synergies entre les transports publics et le transport routier privé afin de développer rapidement la mobilité à hydrogène à l'échelle nationale, et qui se charge de coordonner les aménagements y relatifs ?

### Réponse :

Le plan sectoriel des transports prend en compte les potentiels liés aux nouvelles technologies afin de garantir l'efficacité du système global des transports.

Le Conseil fédéral soutient des mesures liées à la mobilité hydrogène.

Dans le cadre de son programme pilote, la Confédération soutient, par exemple, les premières stations à hydrogène, les premières usines de production ainsi que la fabrication des premiers camions à pile combustible.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.5947 Borloz

**Le Conseil fédéral prévoit-il de soumettre le plan sectoriel des transports au Parlement ?**

Le DETEC a mis en consultation un nouveau plan sectoriel des transports dont le but est de réorienter le développement des infrastructures de mobilité au cours des 20 prochaines années. Le projet prévoit d'avoir force obligatoire pour la Confédération, les cantons et les communes. Est-ce que le Conseil fédéral prévoit de soumettre au Parlement ce document prévoyant un changement de paradigme complet et allant très loin dans les compétences cantonales et communales ?

### Réponse :

Les plans sectoriels sont un instrument du droit de l'aménagement du territoire et servent à coordonner les infrastructures fédérales entre elles et avec les planifications des cantons. Ils sont adoptés par le Conseil fédéral en concertation avec les cantons. Le 20 octobre 2020, à la demande du président de la Commission, la présidente de la Confédération Simonetta Sommaruga a présenté le projet de plan sectoriel à la CTT-N et a répondu aux questions.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.5955 Friedl Claudia

#### **Bei Entscheidungen in allen Politikbereichen die Auswirkung auf die Biodiversität transparent darlegen und berücksichtigen!**

2017 beschloss der Bundesrat, dass bei Entscheidungen in allen Politikbereichen die Auswirkung auf die Biodiversität transparent dargelegt und berücksichtigt werden muss. In der Antwort auf die Frage 20.5565 bekräftigte er diese Haltung. Sie gilt auch für Programme zur Überwindung der Corona-Krise.

- Wann und wo werden die Auswirkungen dieser Programme auf die Biodiversität dargelegt?
- Wie stellt der BR sicher, dass die Auswirkungen der Programme auf die Biodiversität nicht negativ sind?

#### **Antwort:**

Dem Bundesrat ist es ein Anliegen, dass die Ziele in den Bereichen Biodiversität, Klima und erneuerbare Energien trotz der Corona-Krise weiterverfolgt werden. Bei allfälligen Stabilisierungsmassnahmen berücksichtigt er seine Legislaturziele. Dies gilt insbesondere auch für seine Umwelt- und Klimaziele sowie für die Ziele der Strategie Nachhaltige Entwicklung.

Die Auswirkungen auf die Biodiversität sowie weitere Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft müssen gemäss den Richtlinien für die Regulierungsfolgenabschätzung für alle rechtssetzenden Vorlagen des Bundes analysiert werden. Mit dem im 2020 neu eingeführten Quick-Check soll auf Bundesebene gewährleistet werden, dass die relevanten Auswirkungen einer Vorlage früh identifiziert und gegebenenfalls im Detail analysiert werden. Zielkonflikte lassen sich so nicht ausschliessen, jedoch je nach Kontext minimieren.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.5973 Graf-Litscher

#### 5G Begleitmassnahmen: Information und Sensibilisierung der Bevölkerung

In Deutschland startet die Regierung eine Info-Kampagne zu 5G. Auch der Bundesrat hat im April entschieden, Begleitmassnahmen umzusetzen. Über die Massnahme zur besseren Aufklärung der Bevölkerung ist nichts bekannt:

- Wo steht diese und wann startet sie?
- Wer ist verantwortlich für die Umsetzung?
- Ist externe Unterstützung geplant und wenn ja, welche?
- Wie wird sichergestellt, dass die Informationen gemäss gesichertem Wissen und verständlich erfolgen und möglichst viele Menschen erreichen?

#### Antwort:

In der Schweiz ist keine grossangelegte Informationskampagne geplant wie in Deutschland; auch weil solche Kampagnen in unserem politischen System keine Tradition haben. Die Information der Bevölkerung geschieht dennoch laufend und häufig im direkten Austausch: So hat das Bundesamt für Umwelt (BAFU) 2019 rund 550 und 2020 bereits über 450 schriftliche Anfragen zum Thema Gesundheitsauswirkungen von 5G-Antennen beantwortet. Ausserdem informiert das BAFU die Bevölkerung vor Ort im Rahmen von Auftritten an Informationsveranstaltungen.

Im Themenfeld Mobilfunk und Strahlung sind auf Bundesebene verschiedene Ämter zuständig: Das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) für technische Aspekte des Mobilfunks, das BAFU für allfällige Gesundheitsauswirkungen und den Schutz der Bevölkerung vor der Strahlung von Mobilfunkantennen und das Bundesamt für Gesundheit (BAG) für Informationen zur Strahlung, die von Mobilgeräten ausgeht. Zurzeit laufen behördeninterne Abklärungen, um die auf den Websites der Bundesämter bereits vorhandenen Informationen besser zugänglich zu machen. Die Informationen der Bundesämter basieren auf gesichertem Wissen und erfolgen möglichst adressatengerecht. Es ist keine externe Unterstützung geplant.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.5976 Feller

#### **Aide indirecte à la presse. Quid des abonnements financés par une commune au profit des ménages localisés sur son territoire ?**

En vertu de l'article 36, alinéa 1, de l'ordonnance sur la poste (OPO), les quotidiens et les hebdomadaires ont droit à un rabais sur la distribution à condition qu'ils soient en abonnement (lettre a). Si une commune décide d'offrir à chaque ménage localisé sur son territoire un abonnement à un hebdomadaire, est-ce que celui-ci bénéficie d'un rabais sur la distribution des exemplaires concernés ? Si non, pourquoi ?

#### **Réponse :**

Les exemplaires financés par une commune n'ont pas droit à l'aide indirecte.

Le Tribunal administratif fédéral a estimé que le terme "en abonnement" désignait une relation d'abonnement au sens étroit, c'est-à-dire la conclusion d'un contrat d'abonnement individuel payant entre un journal, d'une part, et un abonné ou destinataire individuel, d'autre part. Il a également précisé que les exemplaires livrés dans le cadre d'abonnements communaux n'étaient pas et ne pourraient pas être considérés comme des abonnements au sens strict et ne donnaient donc pas droit à un rabais sur la distribution au sens de la législation postale. Cette décision est confirmée par le Tribunal fédéral.



## **Heure des questions du 14 décembre 2020**

### **Question 20.5995 Nicolet**

**Loyer commerciaux et crise COVID, le bon sens demandé aux propriétaires ne devrait-il pas s'appliquer aussi à la Confédération et ses régies ?**

Passionné de trains historiques, Swiss Classic Train loue un local géré par CFF Immobilier à Vallorbe, permettant le remisage et l'entretien d'un train historique. Confronté à des difficultés financières dues à l'arrêt des activités touristiques en raison du COVID, Swiss Classic Train a demandé, en vain, un arrangement de paiement aux CFF.

Le bon sens évoqué par le Conseil fédéral lors des débats sur les loyers commerciaux ne devrait-il pas s'appliquer aussi à la Confédération et à ses régies ?

### **Réponse**

Pendant le confinement, les CFF ont soutenu les entreprises locataires touchées par les fermetures ordonnées par les autorités en leur accordant gracieusement de très nombreux arrangements. Lors de la première vague, le locataire « Swiss Classic Train » n'a reçu aucune aide des CFF, car il loue un entrepôt qui n'a pas été touché par lesdites fermetures et qui a pu continuer à être utilisé aux fins de location prévues par le bail pendant la fermeture.

Dans le cadre des mesures de soutien individuelles de ses locataires lors de la deuxième vague, les CFF ont décidé le 2 décembre d'aider le locataire en faisant droit à sa demande de report de loyer.



## Ora delle domande del 14 dicembre 2020

### **Domanda 20.5997 Romano**

**Mobilità ferroviaria tra Italia e Svizzera: tra decisioni unilaterali e gravi disagi per le regioni di frontiera. Il Consiglio federale sapeva e si è attivato?**

L'Italia ferma per oltre un mese la circolazione ferroviaria verso la Svizzera, sia per i collegamenti a lunga percorrenza sia per il traffico regionale transfrontaliero. Il Consiglio federale è stato tempestivamente informato di questa decisione? Sono avvenute trattative? Come va letta la decisione? È irrevocabile? Senza trasporto regionale ferroviario quanti frontalieri saranno costretti ad utilizzare l'automobile? È immaginabile creare un accesso prioritario per il personale sanitario?

### **Domanda 20.6027 Regazzi**

**Interruzione dei collegamenti ferroviari da parte dell'Italia: cosa intende fare il Consiglio federale per ripristinarli?**

I media hanno informato della decisione dell'Italia di interrompere i collegamenti ferroviari con la Svizzera. Si tratta di una decisione gravida di conseguenze, non da ultimo per il traffico pendolare transfrontaliero, che porterà inevitabilmente a un aumento del traffico stradale. Chiedo al CF: - come valuta questa decisione? -le autorità svizzere sono state coinvolte o almeno informate? -intende fare pressioni sul Governo italiano per ripristinare al più presto i collegamenti ferroviari?

### **Risposta:**

Il 7 dicembre 2020 le FFS hanno comunicato alla Confederazione di ritenere che, a seguito dell'ultimo DPCM italiano, i collegamenti con l'Italia dovranno essere interrotti dal 10 dicembre fino a nuovo avviso. Il Capo del DATEC ha immediatamente contattato la Ministra dei trasporti italiana per individuare in particolare una soluzione per i collegamenti regionali tra il Ticino e la Lombardia, utilizzati da diverse migliaia di pendolari. Nel frattempo è stata trovata una soluzione transitoria che assicura un'offerta di base di collegamenti a lunga percorrenza e definisce il processo per una rapida ripresa del traffico regionale transfrontaliero tra il Ticino e la Lombardia.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6008 Seiler Graf Genehmigung Betriebsreglement 17**

Die Coronapandemie hat grosse und nachhaltige Auswirkungen auf den Luftverkehr. Es ist noch nicht abzuschätzen, wie sich die Flugverkehrsbranche von dieser Krise wieder erholen und auch welchem Niveau sich der Luftverkehr etablieren wird. Erachtet es der Bundesrat unter diesen Aspekten nicht als sinnvoll, mit der Genehmigung des Betriebsreglementes 17 für den Flughafen Zürich zuzuwarten, bis die Folgen der Pandemie auf den Flugverkehr besser abzuschätzen sind?

#### **Antwort:**

Das Gesuch des Flughafens Zürich betreffend das Betriebsreglement 2017 beinhaltet zahlreiche Verbesserungen der Sicherheit des Flugbetriebs. Dabei sollen kreuzende Start- und Landerouten entflechtet werden. Diese Verbesserungen sollten möglichst zeitnah geprüft werden. Das Gesuch ist nach wie vor hängig. Würden am Verfahren beteiligte Parteien aufgrund der unsicheren Aussichten über die weitere Luftverkehrsentwicklung Sistierungsgesuche stellen, sind diese zu prüfen.

Bei der Beurteilung des Gesuchs wie auch der Einsprachen durch die Entscheidbehörde, wird die Umweltverträglichkeit ebenfalls ein Kriterium sein und auch die Verkehrsentwicklung wird dabei mitberücksichtigt werden.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6009 Birrer-Heimo

#### **Fachbewilligung der beruflichen Anwender und Anwenderinnen von Pestiziden auf die Reduktion von Risiken ausrichten\_2**

Wird der Bundesrat bei der Weiterbildung von Anwenderinnen und Anwender von Pflanzenschutzmitteln eine erfolgreiche Lernzielkontrolle oder Prüfung voraussetzen, um die Gültigkeit der Fachbewilligung um 5 Jahre zu verlängern? Wenn nein, warum verzichtet er auf ein Qualifikationsverfahren gemäss Art. 6 Abs. 3d Weiterbildungsgesetz?

#### **Antwort:**

Die Fachbewilligung ist heute unbefristet gültig. In Zukunft soll für eine Verlängerung der Fachbewilligung der Nachweis einer Weiterbildung erbracht werden müssen. Bei dieser Gelegenheit soll die Weiterbildung formell und inhaltlich neu ausgerichtet werden. Der Bundesrat wird voraussichtlich Anfang nächstes Jahr Varianten prüfen. Diese werden auch erfolgreiche Lernzielkontrollen oder Prüfungen beinhalten. Darüber hinaus wird das neue Qualitätssystem für Weiterbildungen qualitative Anforderungen formulieren für die Ausbildung an Grund- und Weiterbildungseinrichtungen. Mit dem neuen Qualitätssystem soll sichergestellt werden, dass die Anforderungen gemäss Artikel 6 Absatz 3 Weiterbildungsgesetz (WeBiG, SR 419.1) eingehalten werden.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6010 Birrer-Heimo**

#### **Fachbewilligung der beruflichen Anwender und Anwenderinnen von Pestiziden auf die Reduktion von Risiken ausrichten\_1**

Aus der Antwort auf die Interpellation 20.4023 geht nicht hervor, ob die Risikoreduktionsziele bereits in der Fachbewilligungsausbildung (berufliche Grundbildung) integriert werden. Es wird nur auf die Weiterbildung verwiesen. Ist der Bundesrat bereit, die rechtlichen Grundlagen zur Fachbewilligung für berufliche Anwenderinnen und Anwender von Pestiziden (Art. 8 ChemRRV) auf die Risikoreduktion auszurichten und auf der Grundlage der Pflanzenschutzpyramide berufspädagogisch anzupassen?

#### **Antwort:**

Die Ausbildung zum Erwerb der Fachbewilligung für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln soll auf der Grundlage der neuen pädagogischen Konzepte aktualisiert werden. Entsprechend sollen neu «Kompetenzen» verlangt werden, wo bisher die erforderlichen «Fähigkeiten und Kenntnisse» verlangt wurden. Die Anhänge der relevanten Verordnungen werden zurzeit entsprechend aktualisiert. Die Risikoreduktion im Zusammenhang mit der nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, die Pflanzenschutzpyramide und der Absenkpfad können über die Lehrinhalte in der Ausbildung behandelt werden. Auch diese Lehrinhalte werden laufend aktualisiert.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6023 Guggisberg**

#### **A5 Westumfahrung Biel/Bienne: Dialogprozess führte zu Kompromiss**

Die Parteien sind sich einig, dass der Porttunnel so rasch wie möglich wie im Ausführungsprojekt geplant realisiert werden soll.

-Wie sehen die nächsten planerischen Schritte aus?

-Welchen Zeitplan sieht der Bundesrat zur Schliessung der Lücke im Nationalstrassennetz angesichts der neuen Ausgangslage?

#### **Antwort:**

Die A5 Westumfahrung Biel/Bienne ist ein Projekt zur Fertigstellung des Nationalstrassennetzes. Aus historischen Gründen ist die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes weiterhin eine Verbundaufgabe von Kantonen und Bund. Die Federführung für die Planung obliegt dem Kanton Bern als Standortkanton. Er stellt dem Bund Antrag zum weiteren Vorgehen.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6040 Clivaz Christophe

#### Ligne THT Chamoson-Chippis: des décisions prises sur des bases scientifiques erronées?

L'étude "R3-THT Synergies" (2016) mandaté par le Conseil d'État VS conclut que l'enfouissement de la ligne THT Chamoson-Chippis contera 10 fois plus cher que la ligne aérienne. Une contre-expertise du bureau KAN-NAK (2020) démontre que cette étude était erronée et qu'un enfouissement contera seulement 1,5 fois plus.

Le CF connaît-il cette contre-expertise?

Quelle a été l'importance de l'étude "R3-THT Synergies" dans les prises de position sur ce dossier de l'OFEN, respectivement du TF?

#### Réponse:

Le Conseil fédéral et l'Office fédéral de l'énergie (OFEN) n'ont pas connaissance de l'étude « KAN-NAK ». L'étude « R3-THT Synergies » a été produite en cours de procédure de recours devant le Tribunal administratif fédéral pour arriver à la conclusion que le câblage n'était pas l'objet du litige parce que déjà tranché par le Tribunal fédéral. Le Tribunal fédéral s'est également prononcé sur cette question dans sa décision du 1<sup>er</sup> septembre 2017 et a retenu que la question du câblage, examinée à plusieurs reprises, était définitivement jugée. Faisant suite à la décision du Tribunal fédéral, la décision d'approbation des plans de l'OFEN est définitivement entrée en force. Celle-ci lie les autorités, la requérante et est opposable à tous.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6044 Mäder Service der Post gegenüber den Gemeinden

Seit einiger Zeit betreibt die Post für Geschäftskunden oft nur noch sog. unbediente Geschäftsstellen, in denen eingeschriebene Post nur deponiert wird, aber eben nicht entgegengenommen. Die Sendungen liegen also eine Zeitlang herum, was mit dem Postgeheimnis nicht vereinbar ist. Als Folge gehen die meisten Gemeinden wieder an den normalen bedienten Schalter, was meist mit Wartezeiten verbunden ist. Ist der BR bereit sich dafür ein zusetzen, diesen Serviceabbau rückgängig zu machen?

#### **Antwort:**

Die unbediente Geschäftskundenstelle ist ein Zusatzangebot der Post für Geschäftskunden, welche ihre Sendungen nicht am Schalter aufgeben wollen. Dieses Angebot ergänzt die Poststellen, Agenturen und bediente Geschäftskundenstellen. Es handelt sich nicht um einen Serviceabbau, sondern um eine Serviceerweiterung. Unbediente Geschäftskundenstellen befinden sich meist kundennah in Gewerbeazonen und verfügen über ausgedehnte Zugangszeiten. Es trifft zu, dass das Postgeheimnis aufgrund der Sichtbarkeit der Sendungen nicht vollumfänglich gewahrt ist. Die unbediente Geschäftskundenstelle ist deshalb nicht geeignet für die Aufgabe von wertvollen Sendungen oder für juristische Sendungen mit sensiblem Inhalt. Die Post weist in der Nutzungsvereinbarung darauf hin. Der Bunderat führt die Post über strategische Ziele und greift nicht in das operative Geschäft ein. Die unbediente Geschäftskundenstelle stellt eine freiwillige Leistung dar, entsprechend sieht der Bundesrat keinen Handlungsbedarf.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6048 Schneider Schüttel

#### Kennt der Bundesrat freiwillige Massnahmen der Wirtschaft zum Ersatz der umweltschädlichen Zigarettensammel?

In seiner Antwort zur Motion 19.4629 hält der Bundesrat fest, er setze auf freiwillige Massnahmen der Wirtschaft (vgl. Art. 41a Abs. 3 USG) und erwarte von der schweizerischen Tabakindustrie Massnahmen aus eigener Initiative zur korrekten Entsorgung durch Kundinnen und Kunden. Sind dem Bundesrat solche Massnahmen bekannt?

#### Antwort:

Nach Kenntnisstand des Bundesrats verteilt die Tabakindustrie punktuell kostenlose Taschen-Aschenbecher und beteiligt sich finanziell an der Interessengemeinschaft saubere Umwelt (IGSU). Von weiteren Aktivitäten seitens der Tabakindustrie zur Eindämmung des Litterings von Zigarettensammel oder zum Ersatz der umweltschädlichen Filter durch neue Produkte hat der Bundesrat keine Kenntnisse. Er hat seine Erwartungen an die Tabakindustrie in seiner Stellungnahme vom 19. Februar 2020 zur Motion Gugger (19.4629) «Umweltverträgliche Zigarettensammel» geäussert.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6051 Jauslin Spielt man auf Zeit?

Für die Umsetzung der Motion 19.3531 «Für den nichtgewerbsmässigen Sichtflug die Landessprachen nicht verbieten» ist gemäss BAZL eine Gesetzesrevision unabdingbar, die frühestens Mitte 2022 in Kraft treten kann. Die Umsetzung könnte allerdings wesentlich schneller & kostengünstiger erfolgen, wenn das BAZL den bestehenden Art. 10a Abs. 2 LFG teleologisch auslegen und eine Anpassung der Verordnung umgehend in Angriff nehmen würde. Ist der Bundesrat bereit, das BAZL zu diesem Schritt zu ermutigen?

#### Antwort:

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt BAZL hat unter Einbezug auch des Aeroclubs (AeCS) ein Konzept zur Umsetzung der durch das Parlament angenommenen Motion 19.3531 erarbeitet. Die Ergebnisse konnten noch in die laufende Revision des Luftfahrtgesetzes (LFG) eingebunden werden; die Ämterkonsultation dazu wurde soeben abgeschlossen. Die parlamentarische Beratung dieser Revision wird im nächsten Jahr erfolgen.

Der heutige Wortlaut von Art. 10a Abs. 2 LFG ist klar: Der Bundesrat kann Ausnahmen vom Grundsatz der englischen Sprache zulassen, wenn es die Flugsicherheit erfordert. Die aufgrund der Motion 19.3531 einzuführenden Ausnahmen können nicht unter diesen Absatz subsumiert werden, da sie nicht für die Flugsicherheit erforderlich sind. Deshalb muss die erwähnte Bestimmung im LFG angepasst werden, bevor eine flächendeckende Umsetzung der Motion möglich ist. Auch die notwendigen Anpassungen der Verordnung über den Flugsicherungsdienst (VFSD) hat das BAZL bereits in Angriff genommen.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6055 Haab

#### **Fehlende Flächen für das Smaragd Schutzgebietsnetz und nicht erfüllen der Zielvorgabe der UNO (Aichi-Ziel von 17%)**

Die Umweltorganisation monieren, dass die Schweiz es nicht geschafft hat genügend Flächen für das europäische Schutzgebietsnetz "Smaragd" anzumelden. Dies im Gegensatz zu unseren Nachbarländern. Deutschland meldete z.B. tausende von km<sup>2</sup> Meeresflächen an der Wattenmeerküste und um Sylt und erfüllt die Vorgaben locker. Aus welchen Gründen meldet die Schweiz (BAFU) ökologische Ausgleichsflächen ohne ÖQV-Qualität, Biosphärenreservate, Nationalpärke sowie Alpungsgebiete nicht als Smaragd-Lebensräume?

#### **Antwort:**

Die in der Frage genannten Gebiete erfüllen die Kriterien der Berner Konvention für ein Smaragdgebiet nicht in jedem Fall. Der Bund bestimmt die Gebiete in Absprache mit den Kantonen und hat bereits 37 Smaragdgebiete gemeldet. Die Kantone prüfen nun im Rahmen ihrer Planungen der Ökologischen Infrastruktur, wie weitere bestehende oder neue Schutzgebiete oder auch andere für die Biodiversität wertvolle Gebiete zum Smaragdnetzwerk beitragen können. Die Planung und Umsetzung der Kantone sowie die Vorgaben des Bundes orientieren sich an der Zielvorgabe von 17 Prozent, welche der Bundesrat bereits 2012 seiner Strategie Biodiversität Schweiz zu Grunde gelegt hat. Deren Umsetzung hat in den vergangenen Jahren in der Schweiz zwar zu einer Zunahme der Flächen für die Biodiversität geführt, allerdings wird das Flächenziel im 2020 verfehlt. Der Bundesrat möchte deshalb die Zielvorgabe nun im Rahmen des indirekten Gegenvorschlags zur Biodiversitätsinitiative gesetzlich verankern.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6058 Pasquier

#### **Une étude révèle que les pics de concentration de courte durée sont largement sous-estimés**

Un nouvel appareil scientifique de l'EAVVAG a montré à quel point les pics de concentration de pesticides ont été sous-estimés jusqu'à présent. Pour un grand nombre de pesticides, les concentrations maximales des mesures effectuées ont dépassé jusqu'à 170 fois les concentrations moyennes déterminées avec les méthodes conventionnelles !

Comment le Conseil fédéral évalue-t-il ces premiers résultats ?

Qu'est-ce qu'ils signifient ?

Quelles mesures compte-t-il prendre ?

#### **Réponse :**

L'étude de l'Eawag confirme que les concentrations de pesticides dans de nombreux ruisseaux et rivières de taille moyenne sont trop élevées et dépassent les valeurs limites. Dans les cours d'eau touchés, les espèces animales et végétales sensibles sont exposées à un risque trop élevé.

Le Conseil fédéral attache une grande importance à la réduction de la pollution des eaux et de l'environnement par les pesticides. C'est pourquoi, en 2017, il a adopté le plan d'action visant la réduction des risques et l'utilisation durable des produits phytosanitaires. Il souhaite renforcer cet effort dans le cadre du développement de la politique agricole à partir de 2022. Le Conseil fédéral soutient également l'orientation de l'initiative parlementaire 19.475 « Réduire le risque de l'utilisation de pesticides ».



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6070 Hurter Thomas

#### Flug oder Zug; unbeantwortete Frage Woche 2 WS; 20.5899

Unbeantwortete Frage der zweiten Sessionswoche:

Der derzeit in Vernehmlassung befindliche Sachplan Verkehr enthält eine Verpflichtung, Kurzstreckenflüge ausschliesslich auf die Schiene zu verlegen.

1. Mit welchen finanziellen Mitteln gedenkt der Bundesrat diese Verlagerung anzugehen?

2. Wie begründet der Bundesrat die Ungleichbehandlung der Verkehrsträger Schiene und Luftfahrt bei den Abgaben dort, wo die Bahn in punkto Zeit und Distanz keine Alternative zum Flugzeug darstellt?

#### **Antwort:**

1. Der Sachplan enthält keine verbindlichen Verpflichtungen. Gemäss Sachplan Verkehr sollen Kurzstreckenflüge wo sinnvoll möglich auf die Schiene verlagert werden. Dafür sollen in erster Linie wirtschaftliche, finanziell tragbare Lösungen angestrebt werden. Die Finanzierungsfrage wird erst im Rahmen der konkreten Umsetzung geklärt und ist nicht in allen Belangen Aufgabe des Bundes.

2. Der Sachplan behandelt alle Verkehrsmittel gleichwertig und schafft die Grundlage, damit die Verkehrsmittel optimal miteinander kombiniert werden können. Im Grundsatz soll der Luftverkehr jene Länder mit der Schweiz verbinden, die mit der Bahn schwer erreichbar sind. Der Sachplan Verkehr äussert sich nicht zu möglichen fiskalischen Instrumenten.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.5961 Streiff**

#### **Stellungnahme Bundeskanzlei zur Konzernverantwortungsinitiative**

Laut einem Medienbericht hat die Bundeskanzlei in einer vom Bundesgericht verlangten Stellungnahme zum Engagement der Kirchen wegen ihres Engagements zur Konzernverantwortungsinitiative gerügt, dass die Kirchen nicht transparent und unverhältnismässig agiert hätten.

Hat die Bundeskanzlei eine solche Stellungnahme verfasst und wenn ja, wo kann man die einsehen?

#### **Antwort**

Das Bundesgericht hat die Bundeskanzlei (BK) praxisgemäss mittels Verfügung eingeladen, sich zu den hängigen Beschwerden betreffend die Abstimmung vom 29. November 2020 über die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» zu äussern. Die BK hat am 25. November 2020 gegenüber dem Bundesgericht in dieser Sache Stellung genommen. Damit ist die Stellungnahme der BK Bestandteil eines laufenden gerichtlichen Verfahrens und wird usanzgemäss weder veröffentlicht noch auf Anfrage hin zugänglich gemacht. Als verfahrensleitende Behörde steuert das Bundesgericht den Schriftenwechsel und es stellt allfällige Stellungnahmen den prozessbeteiligten Parteien zu.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### **Question 20.6043 Amaudruz Suspension des délais pour les récoltes de signatures**

Le Conseil fédéral estime que la situation sanitaire en Suisse se dégrade à telle enseigne que de nouvelles mesures restrictives doivent être imposées à l'ensemble du pays. Ces dispositions ont également un impact sur le fonctionnement de notre démocratie directe. Dans ces conditions, l'exécutif envisage-t-il de suspendre le délai de récolte de signatures pour les initiatives et référendums, non seulement ceux en cours mais aussi ceux concernant les textes acceptés durant cette session?

### **Réponse**

La situation sanitaire actuelle et les restrictions y afférentes créent des difficultés en matière de récoltes de signatures tout comme dans une multitude de domaines de la vie quotidienne. Le Conseil fédéral en est conscient.

Pendant la situation extraordinaire, le Conseil fédéral a ordonné une suspension des délais de récolte des signatures et des délais de traitement pour les initiatives populaires et les référendums au niveau fédéral pour la période allant du 21 mars 2020 au 31 mai 2020. Cette décision était entre autres motivée par le fait que l'Assemblée fédérale ne siégeait plus mais que les délais légaux pour la récolte de signatures et le traitement des initiatives populaires et des référendums auraient continué à courir, ce qui aurait mené à des situations intenable.

Contrairement à la situation qui prévalait au printemps, l'Assemblée fédérale tient session et la votation populaire fédérale du 29 novembre 2020 a eu lieu. Une suspension des délais implique obligatoirement une interdiction de récolter des signatures pour la durée de la suspension. Une telle mesure constitue une atteinte grave aux droits politiques et ne doit par conséquent être envisagée qu'en dernier recours.

Selon toutes probabilités, au moins un acte soumis au référendum facultatif et qui devrait être déclaré urgent et être immédiatement mis en vigueur sera adopté lors de la session d'hiver. Une suspension des délais décidée par le Conseil fédéral rendrait ainsi impossible le lancement immédiat d'un référendum contre cet acte. Le Conseil fédéral estime que la situation sanitaire actuelle n'exige pas qu'il ordonne une nouvelle suspension des délais à l'heure actuelle.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6075 Humbel

#### Berichte der Bundesbehörden in den Landessprachen

Vermeehrt werden wichtige Dokumente des Bundes nur noch in Englisch verfasst, mit Zusammenfassungen in den Landessprachen, so beispielsweise der Swiss Antibiotika Resistance Report. Vom Steuerzahler finanzierte Berichte sollten indes von interessierten Bürgerinnen gelesen werden können, ohne dass englisch vorausgesetzt wird.

- Weshalb werden wichtige Berichte nur englisch abgefasst?
- Wird der Bundesrat besorgt sein, dass wichtige Berichte der Bundesämter in den amtlichen Landessprachen publiziert werden?

#### Antwort

Berichte der Bundesverwaltung werden nur in besonderen Fällen in englischer Sprache verfasst. Der genannte «Swiss Antibiotika Resistance Report» richtet sich primär an Fachpersonen. Die darin enthaltenen Daten zur Verbreitung und Entwicklung von antibiotikaresistenten Keimen ist aus Sicht der öffentlichen Gesundheit auch von internationalem Interesse. Entsprechend ist der Bericht in englischer Sprache verfasst. Die Zusammenfassung des Berichts und das Faktenblatt zum Bericht sind in den Landessprachen Deutsch, Französisch und Italienisch verfügbar.

Die Sprachen, in denen die Texte des Bundes verfügbar sein müssen, richten sich in erster Linie nach der Sprachen- und Publikationsgesetzgebung. Wie der Bundesrat in seiner Antwort auf die Interpellation 20.4090 von Marco Romano «Studien über die Gestaltung von Mobilität in Agglomerationen. Und das Italienische?» festgehalten hat, wird er sich dafür einsetzen, dass an geeigneter Stelle daran erinnert wird, dass strategisch wichtige Dokumente oder solche mit grosser Reichweite immer in mehreren Amtssprachen zur Verfügung gestellt werden.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.5949 Müller-Altarmatt**

#### **Lebensrecht der Armenierinnen und Armenier in Berg-Karabach**

Für die Armenierinnen und Armenier in Berg-Karabach ist das Leben in ihrer Heimat mehr als unsicher. Angesichts der historischen Entwicklung und der aktuellen Rhetorik muss als gegeben betrachtet werden, dass bei einem russischen Truppenabzug die Vertreibung und Vernichtung der Bevölkerung sowie ihrer Kulturgüter umgehend beginnen würde. Was unternimmt der Bundesrat, um dem Lebensrecht der Bevölkerung von Berg-Karabach Nachdruck zu verleihen?

#### **Antwort**

Die russische friedenserhaltene Mission ist für eine Dauer von mindestens fünf Jahren vorgesehen. Ein von allen Seiten akzeptierter Friedensschluss kann nur auf diplomatischen Weg und gemäss den Prinzipien des Völkerrechts herbeigeführt werden. Der Bundesrat befürwortet daher die Bemühungen der Co-Chairs der Minsker Gruppe der OSZE.

Die Entschärfung der humanitären Lage ist immer noch höchste Priorität des EDA. Es ruft die Konfliktparteien auf, auch nach Beendigung der Waffengewalt das humanitäre Völkerrecht strikte einzuhalten. Das EDA stellte dem IKRK 1 Mio. CHF und dem Schweizerischen Roten Kreuz 200'000 CHF für die Unterstützung der betroffenen Bevölkerung zur Verfügung.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.5962 Streiff Menschenrechte in Sri Lanka**

Die neue Regierung in Sri Lanka schüchtert die Zivilgesellschaft ein, macht Rechenschaftspflicht für vergangene Verbrechen rückgängig und hat sich auch von ihren Verpflichtungen gegenüber des UNO Menschenrechtsrates zurückgezogen. Welche Schritte für Frieden und Versöhnung unternimmt der Bundesrat mit Sri Lanka und dem Menschenrechtsrat, angesichts der zunehmenden Menschenrechtsverletzungen? Was wird unternommen, damit die Überwachung der Situation durch den Menschenrechtsrat gewährleistet ist?

### **Antwort**

In Sri Lanka fokussiert die Schweiz auf Versöhnung und auf die Stärkung des Rechtsstaates, der Demokratie und der Menschenrechte. Sie unterstützt die staatliche Menschenrechtskommission und die Kommission für das Recht auf Information.

Im UNO-Menschenrechtsrat unterstützte die Schweiz die Resolution zur Menschenrechtssituation in Sri Lanka. Im Februar 2020 gab die Regierung Sri Lankas bekannt, dass sie diese Resolution nicht mehr mitträgt. Sie kündigte jedoch an, weiterhin mit der UNO zusammenzuarbeiten. Dabei versprach sie, einen nationalen Mechanismus für Versöhnung aufzubauen.

Die Schweiz begrüsst diese Ankündigung und wird deren Umsetzung mitverfolgen. Sie setzt sich weiterhin für ein Monitoring durch den Menschenrechtsrat ein.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.5979 Grüter Abstimmungsverhalten der Schweiz in internationalen Gremien**

Basierend auf einem Artikel der Aargauer Zeitung vom 7. Dezember 2020 enthielt sich die Schweiz bei mehreren Abstimmungen ihrer Stimme, auch bei der Verurteilung Saudi-Arabiens im UNO Menschenrechtsrat bezüglich dem Mord am Journalisten Kashoggi. Wieso enthält sich die Schweiz "gegen ihre Werte" ihrer Stimme und wer entscheidet schlussendlich über das Schweizer Abstimmungsverhalten in diesen Gremien?

#### **Antwort**

Den Ablauf zur Festlegung der Schweizer UNO-Positionen hat der Bundesrat in seiner Antwort auf die Ip. Grüter (20.3476) erläutert. Massgebend für die Schweizer Positionen sind der konkrete Text, die politische Situation vor Ort sowie die Werte und Ziele der Verfassung, des Völkerrechts und der aussenpolitischen Strategie.

Eine Enthaltung kann verschiedene Gründe haben und ist im jeweiligen Kontext auszulegen. Auf der Webseite des EDA ist kürzlich ein entsprechender Artikel publiziert worden.

Im Fall Khashoggi stellte sich die Abstimmungsfrage nicht, da der Menschenrechtsrat keine Resolution verabschiedete. Die Schweiz unterstützte die Empfehlungen der Sonderberichterstatterin für aussergerichtliche Hinrichtungen an Saudi-Arabien und unterzeichnete 2020 eine gemeinsame Erklärung.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Question 20.6029 Walder**

#### **Droits humains au Xinjiang et au Tibet (2)**

Quelles démarches ont été entreprises par le Conseil fédéral au niveau international (multilatéral) et en bilatéral pour intensifier la pression sur les autorités chinoises afin qu'elle ferme les camps de détention et mette fin aux programmes de travail forcé au Turkestan oriental (Xinjiang) et au Tibet?

### **Frage 20.6095 Arslan**

#### **China - Menschenrechtsdialog Schweiz-China**

Wann findet die nächste Runde des Menschenrechtsdialoges Schweiz-China statt? Welche Gewichtung hat die Situation in Xinjiang und Tibet sowie die Einhaltung der UNO- Leitsätze für verantwortungsvolle Unternehmen?

### **Antwort**

Die Schweiz hat ihre Besorgnis über die Menschenrechtssituation in Xinjiang und in Tibet wiederholt ausgedrückt. Einige aktuelle Beispiele: Der Schweizer Botschafter in Peking begab sich im September 2020 in die Autonome Region Tibet und thematisierte die Menschenrechte mit der Lokalregierung. Anlässlich des Politischen Dialogs zwischen der Schweiz und China am 9. November gab es einen vertieften Austausch über die Menschenrechte. Im UNO-Rahmen hat sich die Schweiz kürzlich einer gemeinsamen Erklärung angeschlossen, in der 39 Staaten ihrer Sorge zur Situation in Xinjiang und in Hongkong Ausdruck verliehen.

Der für Februar 2020 angesetzte Menschenrechtsdialog wurde pandemiebedingt abgesagt. Es steht noch kein neues Datum für die nächste Runde fest. Hingegen organisierten das WBF und das EDA im September einen Runden Tisch mit Vertretern des Schweizer Textil-Sektors zur Situation in Xinjiang. Dabei wurden auch die Leitlinien zur verantwortungsvollen Unternehmensführung thematisiert.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6046 Bregy**

**Was soll beim Rahmenabkommen gelingen, das nicht einmal bei einer Ausnahmeregelung für Helikopterpilotinnen gelingt?**

Die EU verbietet unseren Helikopterpilot\*innen gewerblich bis zum 65. Lebensjahr zu fliegen. Pilot\*innen über 60 Jahren droht die Arbeitslosigkeit.

Wie will das FDA das Rahmenabkommen nachverhandeln, wenn nicht einmal die bisherige Ausnahmeregelung für Helikopterpilot\*innen erfolgreich verhandelt werden kann? Warum weigert sich die EU, einer ausschliesslich für Inlandflüge gültigen Ausnahmeregelung zuzustimmen?

### **Frage 20.6049 Candinas**

**Was unternimmt das EDA wirklich, um eine Verlängerung der Ausnahme betreffend Altersgrenze 60 für Helikopterpiloten\*innen zu erhalten?**

Helikopterpiloten\*innen fliegen bei uns gewerblich bis 65. Die EU will der Schweiz keine Ausnahme mehr gewähren und so droht unseren 60+ Piloten\*innen die Arbeitslosigkeit, dies obwohl altersmässige Einschränkungen für Piloten im gewerblichen Luftverkehr nicht gerechtfertigt sind und diese keinen Beitrag an die Sicherheit leisten. Was hat das EDA bis jetzt ganz konkret unternommen? Was unternimmt das EDA in Zukunft, um umgehend eine Lösung mit der EU zu finden?

## **Antwort**

Um den Marktzugang der hiesigen Aviatik-Industrie sicherzustellen übernimmt die Schweiz im Rahmen des bilateralen Luftverkehrsabkommens europäisches Recht. Pilotenlizenzen, inklusive die Alterslimite im Helikopterbereich, werden auf EU-Stufe geregelt, um die gegenseitige Anerkennung von Flugausweisen zu ermöglichen, was die berufliche Mobilität sicherstellt.

Seit 2012 hat die Schweiz wiederholt erfolgreich Ausnahmen von der Alterslimite verhandelt. Seit Frühling 2020 hat die EU die Fälle für Ausnahmegewilligungen eingeschränkt. Die Schweizer Delegation, unter der Leitung des BAZL, verlangte im Gemischten Ausschuss vom 3. Dezember 2020 die Fortsetzung der Zulassung von über 60-jährigen Helikopterpiloten. Die Kommission sagte zu, die Frage nochmals zu prüfen. Das EDA setzt sich an der Seite des für das Luftverkehrsabkommen federführenden UVEK für dieses Anliegen ein.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6053 Wehrli Devoir de réserve d'anciens diplomates

Ces derniers mois, au gré de divers sujets internationaux, nous avons pu voir et entendre des hauts diplomates retraités de la Confédération s'exprimer en faisant référence à leur travail et à leur ancienne position.

Comment le Conseil fédéral considère-t-il ces prises de position et ces commentaires ? Existe-t-il un devoir de réserve et si oui quelle en est la portée ?

Je remercie le Conseil fédéral de ses réponses

### Réponse

A l'issue des relations de travail, la seule obligation professionnelle qui perdure est le secret de fonction. Les autres devoirs, comme par exemple le devoir de fidélité, s'éteignent avec la fin du contrat de travail avec la Confédération. Dans ce cadre, le Conseil fédéral ne se prononce pas sur les positions de ces anciens collaborateurs. Néanmoins, nous attendons de ces derniers une retenue appropriée dans leurs déclarations publiques relatives à leur ancienne fonction.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6066 Molina**

#### **Bericht des Antifolterkomitees des Europarats (CPT) über gravierende Missstände in türkischen Gefängnissen und in Polizeigewahrsam: Position der Schweiz**

-Wie beurteilt der Bundesrat den am 5. August 2020 veröffentlichten Bericht des CPT über gravierende Missstände in türkischen Gefängnissen und in Polizeigewahrsam? Schliesst er sich den Forderungen des CPT an?

-Wird er die Haftbedingungen in der Türkei, insbesondere auf der Gefängnisinsel Imrali, die im Bericht als inakzeptabel bezeichnet werden, gegenüber der türkischen Regierung thematisieren und sich für Verbesserungen einsetzen?

### **Antwort**

Die zuständigen Bundesstellen haben die beiden Berichte des Antifolterkomitees des Europarats zur Türkei zur Kenntnis genommen. Einschätzungen und Empfehlungen dieses Komitees fliessen in die Menschenrechtsaktivitäten der Schweiz ein. Im Rahmen der allgemeinen regelmässigen Überprüfung der Türkei durch den UNO-Menschenrechtsrat am 28. Januar 2020 formulierte die Schweiz eine Empfehlung zum Thema Folterbekämpfung und Überwachung von Haftorten. Zudem unterstützt sie aktuell ein Projekt des Europarats zur Stärkung ziviler Überwachungskommissionen von Gefängnissen in der Türkei. Die Schweiz ruft Ankara auf bilateraler und multilateraler Ebene regelmässig dazu auf, die Menschenrechte zu respektieren, auch in Bezug auf die Haftbedingungen.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6104 Rytz Regula**

#### **Flüchtlinge aus dem Krieg in Berg-Karabach: Humanitäre Hilfe der Schweiz.**

Der Angriff auf Berg-Karabach durch Aserbaidschan und die Türkei trifft ein Land, das als Folge der COVID-Pandemie und einer seit 1993 verhängten Wirtschaftsblockade unter einer starken Wirtschaftskrise leidet. Was gedenkt die Schweiz zu tun, um den fast hunderttausend Flüchtlingen zu helfen, die aufgrund des Konfliktes in Armenien eingetroffen sind? Welche konkrete Hilfe hat der Bundesrat kurz- und mittelfristig geplant, um diesen Flüchtlingen über den gerade begonnenen Winter zu helfen?

### **Frage 20.6110 Arslan**

#### **Austausch von Gefangenen und dringende Bergung von Leichen im Zusammenhang mit dem Krieg in Berg-Karabach**

Der jüngste Krieg in Nagorno Karabagh (27.9 bis 9.11) verursachte eine hohe Zahl von Toten und Verletzten sowie von Vermissten und Kriegsgefangenen. Wie gedenkt die Schweiz sich als Depositärstaat des humanitären Völkerrechts, gestützt auf ihre humanitäre Tradition, bei der Lösung des Konflikts einzubringen, um einen sofortigen Austausch von Gefangenen und Leichen zwischen den Kriegsparteien zu ermöglichen oder gar zu gewährleisten?

## **Antwort**

Zur Entschärfung der humanitären Lage im ganzen Konfliktgebiet stellte das EDA dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes 1 Million Franken und dem Schweizerischen Roten Kreuz 200'000 Franken zur Verfügung.

Der Bundesrat ruft zudem weiterhin zur Achtung des humanitären Völkerrechts auf und insbesondere, dass die Konfliktparteien in enger Absprache mit dem IKRK vorgehen. Das humanitäre Völkerrecht verpflichtet dazu, Kriegsgefangene unverzüglich nach Beendigung der aktiven Feindseligkeiten freizulassen und in ihre Heimat zurückzuführen. Das humanitäre Völkerrecht sieht zudem vor, dass Konfliktparteien die Rückführung der Verstorbenen erleichtern sowie alles Notwendige unternehmen, um Vermisste zu suchen und die Angehörigen zu informieren.



In öffentlichen und multilateralen Stellungnahmen forderte die Schweiz das Ende der Gewalt, rief zur strikten Einhaltung des humanitären Völkerrechtes auf, und sprach sich gegen den Einsatz von Streumunition aus. Am 23.10 und am 28.10 kommunizierte der Vorsteher des EDA an Aussenminister Mnatsakanyan (Armenien) bzw. Aussenminister Bayramov (Aserbaidshan) die Schweizer Position.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6022 Burgherr

**Welche Haltung vertritt die Schweiz beim OECD Steuerprojekt und wie wird die Mitwirkung von Parlament, Volk, Kantonen, Gemeinden und Wirtschaft garantiert?**

Das OECD Steuerprojekt (OECD/G20 Inclusive Framework on BEPS), welches zum Ziel hat Steuersubstrat von den Produktionsländern in die Marktländer zu verschieben und Mindeststeuersätze für Länder zu definieren, soll bis Mitte 2021 abgeschlossen werden.

- 1) Welche Haltung wird die Schweiz bezüglich diesem Steuerprojekt in der OECD-Konsultationsphase, welche am 14. Dezember 2020 endet, kundtun?
- 2) Wie wird eine partizipative Mitwirkung bei diesem Steuerprojekt garantiert?

### Antwort

Grundsätzlich bevorzugt die Schweiz eine multilaterale Lösung gegenüber vielen unkoordinierten Einzelmassnahmen, weil letztere zu Rechtsunsicherheit und zu Überbesteuerungen führen können. Aus Schweizer Sicht braucht es sowohl für die Unternehmen als auch für die Steuerbehörden praktikable Lösungen, welche wirtschaftliches Wachstum und Innovation nicht gefährden und einen fairen Steuerwettbewerb weiterhin ermöglichen.

Derzeit sind noch viele wichtige Parameter des Projekts offen, so dass es zu früh ist, die Schweizer Position definitiv festzulegen. Das EFD informiert die aussenpolitischen Kommissionen und die Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben laufend über die Entwicklungen in diesem Projekt und wird diese Kommissionen auch konsultieren, bevor der Bundesrat die definitive Position der Schweiz festlegen wird.

Für das EFD ist es zudem zentral, die Anliegen der Kantone und der Wirtschaft zu kennen und diese Anliegen auch in den OECD-Prozess einzubringen. Deshalb arbeitet das EFD eng mit der zuständigen, kantonalen Arbeitsgruppe in der Schweizerischen Steuerkonferenz zusammen und pflegt einen regen Austausch mit der Wirtschaft.

Überdies wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus Bund, Kantonen und Wissenschaft eingesetzt, die sich mit einer allfälligen Umsetzung der OECD-Massnahmen



ins nationale Recht befasst. Im Rahmen dieser Arbeiten soll auch die Wirtschaft angehört werden. Eine allfällige Umsetzung würde sodann nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren inklusive fakultativem Referendum erfolgen.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6032 Python

#### Prise en compte systématique des coûts externes dans les examens des subventions

En réponse à la question 20.5707, le Conseil fédéral répond que dans le cadre des examens des subventions, il est également répondu aux questions sur l'efficacité, l'efficacités et les éventuels incitations des subventions. Dans leur étude, WSL et SCNAT font référence à plus de 160 subventions ayant des effets négatifs sur la biodiversité.

-Les subventions sont-elles aujourd'hui systématiquement examinées en fonction de leurs coûts externes?

-Si oui, pourquoi persistent-ils ? Si non, pourquoi?

### Réponse

Das Subventionsgesetz verpflichtet den Bundesrat, sämtliche Subventionen mindestens alle 6 Jahre zu überprüfen und dem Parlament über die Ergebnisse dieser Prüfung Rechenschaft abzulegen. Dies geschieht entweder im Rahmen der Bottschaften zu Gesetzesänderungen und mehrjährigen Finanzbeschlüssen oder – departementsweise – im Rahmen der Staatsrechnung.

Die Subventionsüberprüfung erfolgt gestützt auf einen Leitfaden, wobei externe Effekte bei der Begründung der Subvention, bei der wirksamen Ausgestaltung und den Vorkehrungen zur Vermeidung unerwünschter Nebeneffekte angesprochen werden. Verschiedene Subventionen weisen dennoch Zielkonflikte mit anderen Politikbereichen auf. Da sich die Subventionen auf gesetzliche Grundlagen abstützen müssen, sind diese Entscheide jedoch demokratisch legitimiert.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6039 Python

#### Covid-19: quelles aides sociales pour ceux qui souffrent?

Je pose cette question en l'absence de S. Prezioso Batou, empêchée de siéger pour cause de maladie liée au Covid-19.

L'Argentine a décidé de lever un impôt extraordinaire sur les grandes fortunes pour lutter contre la crise. La Suisse ne devrait-elle pas faire de même alors que les petits indépendants, les artistes, les précaires, les salariés. e.s en RHT sont aujourd'hui à genou?

#### Réponse

Der Bundesrat sieht derzeit keinen Anlass für Steuererhöhungen zur Bewältigung der Covid-19-Krise. Er hat insbesondere bereits im Rahmen der Motionen 20.3203 der Sozialdemokratischen Fraktion, 20.3335 von Nationalrätin Prezioso und 20.3174 von Nationalrat de la Reussille Stellung zur Frage einer Sondersteuer auf Vermögen bezogen. Die dort gegebene Begründung für die Ablehnung einer solchen Steuer ist nach wie vor gültig.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6050 Pult

#### **Berücksichtigung von Umweltrisiken durch SNB und FINMA in internationalen Gremien**

Die Berücksichtigung von Umweltrisiken wird gemäss bundesrätlicher Weiterentwicklung der Finanzmarktpolitik zur Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Finanzplatzes. Sind auch die SNB und die FINMA in ihrer Vertretung der Schweiz in internationalen Gremien dazu verpflichtet, die genannte Einschätzung zu den Umweltrisiken proaktiv zu vertreten und zu entsprechenden internationalen Standards beizutragen?

#### **Antwort**

Gemäss Art. 3 der Verordnung zum Finanzmarktaufsichtsgesetz hat die FINMA bei ihren internationalen Aufgaben in der Tat die Finanzmarktpolitik des Bundesrates zu berücksichtigen. Vertritt die FINMA die Schweiz in internationalen Gremien, so erfolgt die Festlegung der Grundzüge der Positionierung im Einvernehmen mit dem EFD, welches die Federführung für die internationale Finanzmarktpolitik innehat.

Die soeben vom Bundesrat genehmigten strategischen Ziele 2021-2024 der FINMA enthalten zudem erstmals ein spezifisches Ziel zur Nachhaltigkeit. Gemäss diesem trägt die FINMA zur nachhaltigen Entwicklung des Finanzplatzes Schweiz bei, indem sie insbesondere klimabezogene Finanzrisiken in ihre Aufsichtstätigkeit einbezieht und die Finanzinstitute zu einem transparenteren Umgang mit diesen Risiken anhält.

Um eine effektive und kohärente Interessenwahrung der Schweiz im Basler Ausschuss, in welchem FINMA und SNB die Schweiz vertreten, sicherzustellen, stimmen sich die beiden Behörden gemäss Tripartitem MoU über die Grundzüge der von ihnen vertretenen Positionen mit dem EFD ab.

Sowohl FINMA als auch SNB sind zudem Mitglieder des «Central Banks and Supervisors Network for Greening the Financial System».



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6052 Pult**

#### **Massnahmen zur Erfassung von Umweltrisiken durch Finanzmärkte**

Transparenzregeln reicht nicht aus, um eine adäquate Erfassung von Umweltrisiken durch Finanzmärkte sicherzustellen. In seinem Bericht zu «Nachhaltigkeit im Finanzsektor» hat der Bundesrat im Einklang mit dieser Einschätzung diverse weitere Massnahmen - z.B. die regelmässige Prüfung von Klimarisiken durch Aufsichtsbehörden - beleuchtet und weitere Vertiefungsarbeiten angekündigt. Wie weit stehen diese Vertiefungsarbeiten und hat der Bundesrat zwischenzeitlich weitere Schlüsse daraus gezogen?

#### **Antwort**

Das EFD hat geprüft, ob unter anderem in den Bereichen Transparenz, Sorgfaltspflichten und Risikoanalyse regulatorischer Handlungsbedarf besteht. Diese Vertiefungsarbeiten sind abgeschlossen. Die Folgearbeiten auf nationaler und internationaler Ebene beispielsweise in den Bereichen Offenlegung bzw. Greenwashing wurden vom Bundesrat am 11. Dezember 2020 in Auftrag gegeben.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6054 Landolt**

#### **Public-Private-Partnership in der Absicherung von Pandemierisiken?**

In seiner Stellungnahme zur Motion 20.3840 schreibt der Bundesrat, dass verwaltungsintern und im Austausch mit der Versicherungsbranche die Machbarkeit einer praktikablen und kosteneffizienten Pandemieversicherungslösung diskutiert würde. Bedeutet dies, dass der Bundesrat angesichts der grundsätzlichen Nichtversicherbarkeit von Pandemierisiken bereit ist, für dieses Grossrisiko eine Public-Private-Partnership mit der Versicherungsbranche einzugehen?

#### **Antwort**

Der Bundesrat prüft zurzeit die Mach- und Wünschbarkeit einer Pandemieversicherung für Unternehmen. Eine Public-Private-Partnership mit der Versicherungsbranche stellt eine der geprüften Möglichkeiten dar. Der Bundesrat wird bis im Frühling 2021 über das weitere Vorgehen befinden resp. kommunizieren.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6063 Bertschy Individualbesteuerung: Zeitplan?**

Stände- u. Nationalrat haben 2019 die Botschaft "ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung" (18.034) an den Bundesrat zurückgewiesen, mit dem Auftrag, alternative Modelle u. darunter insbes. eine Individualbesteuerung vorzulegen. Im Sept. 2020 wurde der Bundesrat im Rahmen der Legislaturplanung 2019-2023 erneut beauftragt, eine Botschaft zur Einführung der Individualbesteuerung zu verabschieden. Wann wird der Bundesrat einen Entwurf in die Vernehmlassung geben? Wann soll die Botschaft vorliegen?

### **Antwort**

Der Bundesrat wird in einem nächsten Schritt eine Auslegeordnung zu verschiedenen Modellen einer Individualbesteuerung verfassen und dazu die Kantone anhören. Das Parlament wird im Herbst 2021 die Gelegenheit erhalten, sich auf dieser Grundlage zu den Eckwerten einer Individualbesteuerung zu äussern. Eine anschliessende Vernehmlassung könnte im 2022 durchgeführt und die Botschaft des Bundesrates im 2023 verabschiedet werden.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6073 Bregy Corona-Pandemie: Volle Entschädigung!**

Mit den am 08. Dezember 2020 kommunizierten Massnahmen gefährdet der Bundesrat die für den Tourismus umsatzintensivste, überlebenswichtige Weihnachtssaison. Eine Komplettschliessung scheint noch nicht vom Tisch!

Ist der Bundesrat bereit, im Falle einer Komplettschliessung die betroffenen Unternehmen gleichzeitig mit 80 Prozent des Vorjahresumsatzes während der gleichen Zeit zu entschädigen? Hat der Bundesrat den wirtschaftlichen Schaden einer Komplettschliessung während der Wintersaison berechnet und falls ja mit welchem Ergebnis?

### **Question 20.6089 Gschwind Quelles indemnités pour les restaurateurs?**

Lors de sa conférence de presse du 8.12.2020, le Conseil Fédéral a décidé de reprendre la main dans la lutte contre la propagation de la pandémie Covid-19. Dans sa stratégie, il a évoqué un troisième pilier relatif à l'indemnisation des commerçants et restaurants. D'où ma question:

Le Conseil Fédéral peut-il apporter plus de précisions concrètes quant aux indemnités des restaurateurs? Je remercie le Conseil Fédéral pour sa réponse.

### **Question 20.6102 Amaudruz Soutien au monde de la restauration**

Le milieu de la restauration a déjà beaucoup souffert des mesures prises pour enrayer l'épidémie de Covid19. Pour nombre d'établissements publics, les nouvelles mesures proposées par le Conseil fédéral valent condamnation à la faillite. Un soutien supplémentaire est ainsi plus que nécessaire. Au vu de la situation, j'invite l'Exécutif à faire savoir de quelle manière il entend permettre aux exploitants de surmonter cette nouvelle entrave à l'exercice de leur profession.

### **Antwort**

Unternehmen, deren wirtschaftliche Aktivität aufgrund von Schliessungen, Kapazitätseinschränkungen oder ausbleibender Nachfrage eingebrochen ist, werden durch Kurzarbeitsentschädigung und Corona-Erwerbsersatz zur Deckung von Lohnkosten, Covid-19 Solidarbürgschaften, Härtefallmassnahmen (Art. 12 Covid-19-Gesetz) zur Deckung von Fixkosten sowie teilweise durch branchenspezifische Liquiditätshilfen (Sport, Kultur, öffentlicher Verkehr, Luftfahrt, Medien) entschädigt. Damit stehen den Unternehmen bereits heute zahlreiche Unterstützungsmassnahmen zur Verfügung, die auch bei Schliessungen wesentliche Teile der Umsatzeinbussen abfedern.



Für den Tourismus und die Gastronomie dürften Kurzarbeit und Erwerbbersatz zwischen gut der Hälfte und rund zwei Dritteln der Umsatzausfälle abzüglich Vorleistungen abdecken.

Gestützt auf die Härtefallverordnung beteiligt sich der Bund zudem unter gewissen Voraussetzungen an kantonalen Härtefallmassnahmen, die seit dem Inkrafttreten des Covid-19-Gesetzes ausgerichtet werden. Davon profitieren insbesondere stark betroffene Branchen wie bspw. die Gastronomie oder Hotellerie, sofern sich die Umsätze der betroffenen Betriebe gegenüber dem Vorjahr um mindestens 40% reduziert haben.

Im Übrigen prüft der Bundesrat derzeit, ob für die am meisten von der Epidemie betroffenen Branchen weitere Massnahmen für allfällige Entschädigungen getroffen werden sollten. Der Bundesrat wird dazu bereits am 11. Dezember eine erste Aussprache führen.

Zu den Auswirkungen einer Schliessung der Wintersportgebiete: auch wenn der Sommer in vielen Berggebieten gut verlaufen ist, bleibt der Wintertourismus zentral. Dies gilt insbesondere für das Weihnachtsgeschäft. Der Branchenverband Seilbahnen Schweiz geht davon aus, dass bei den Bergbahnen in der Periode vom 15. Dezember bis zum 15. Januar rund 20 bis 25 Prozent des Jahresumsatzes erwirtschaftet wird. Dies entspricht einem Umsatz bei den Bergbahnen von ca. 350 Millionen (ca. zwei Drittel davon sind Verkehrserträge, ein Drittel Umsätze in der Berggastronomie).



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6074 Schneider Schüttel

#### Mit Zielkonflikten bei Subventionen verantwortungsbewusst und lösungsorientiert umgehen

Auf meine Frage 20.5578 antwortet der Bundesrat, bei Subventionen seien Zielkonflikte unvermeidbar, würden in Botschaften zu Gesetzesgrundlagen jedoch transparent ausgewiesen. Transparenz erfordert aber mehr als eine amtliche Bestätigung, dass Zielkonflikte bestehen. So muss nachvollziehbar offengelegt werden, welche Nutzen und welche (externen) Kosten mit der Ausrichtung einer Subvention verbunden sind.

- Geschieht dies heute?
- Wenn nein, bis wann sorgt der Bundesrat dafür, dass es geschieht?

#### Antwort

Jede Subvention basiert auf einer gesetzlichen Grundlage. Im Rahmen der dazugehörigen Botschaften begründet der Bundesrat die Notwendigkeit und Ausgestaltung der jeweiligen Subvention. Zudem werden mit Regulierungsfolgeabschätzungen die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Vorlagen des Bundes geprüft und transparent dargelegt. Zudem werden sämtliche Subventionen gemäss Art. 5 des Subventionsgesetzes periodisch überprüft; die Ergebnisse der Überprüfung werden jeweils in den Botschaften zu mehrjährigen Finanzbeschlüssen oder in der Staatsrechnung ausgewiesen. Die Subventionsüberprüfung dient u.a. auch der periodischen Gegenüberstellung von Nutzen und (externen) Kosten.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.6078 Gmür Alois Beschaffung von Druckerzeugnissen**

Der Bundesrat hat am 28. Oktober die Beschaffungsstrategie bis ins Jahr 2030 festgelegt. Aufgrund dessen beantragt er die Motion Müri abzuschreiben. Diese ist von beiden Kammern angenommen worden. Der Wille des Parlaments bei der Beschaffung von Druckerzeugnissen ist klar. Ist der Bundesrat bereit, nach Anhörung der involvierten Branchenverbände, eine im Einklang mit den nationalen und internationalen Gesetzesgrundlagen übereinstimmende Umsetzung der Motion Müri in die Wege zu leiten?

#### **Antwort**

Die Eidgenössischen Räte haben im Jahr 2018 die Motion Müri, Beschaffung von Druckerzeugnissen, gutgeheissen. Später, am 21. Juni 2019, haben sie das totalrevidierte Beschaffungsrecht verabschiedet und das zugrundeliegende Protokoll für die Änderung des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen genehmigt.

Der Entscheid für dieses neue Beschaffungsregime steht einer Umsetzung der Motion Müri entgegen. Der Bundesrat erachtet die jüngeren Beschlüsse vom 21. Juni 2019 als massgebend. Ausserdem ist der Einfluss der Bundesverwaltungsaufträge auf die grafische Industrie gering. Daher hat der Bundesrat Ihnen mit Beschluss vom 28. Oktober 2020 beantragt, die Motion Müri abzuschreiben. Daran hält er fest.

Selbstverständlich wird der Austausch über die Anliegen der involvierten Branchenverbände im Rahmen der laufenden Branchendialoge weitergeführt.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6080 Badran Jacqueline

#### Einbezug relevanter Akteure in die Weiterentwicklung Finanzmarktpolitik

Am 4.12.2020 hat der Bundesrat die Weiterentwicklung der Finanzmarktpolitik beschlossen. Die Strategie erwähnt wiederholt die Bedeutung des engen Austauschs zwischen Bund und Finanzbranche. Analog dazu hat der Bund kürzlich mit finance.swiss gemeinsam mit der Finanzbranche eine Informationsplattform lanciert. Was sind die Pläne, um neben der Finanzbranche weitere Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft in den regelmässigen Austausch über die Zukunft unseres Finanzplatzes einzubeziehen?

#### Antwort

Effektiv ist ein enger Austausch mit der Finanzbranche zur Erreichung der strategischen Ziele wichtig. Wie der BR in seiner am 4.12.2020 beschlossenen Strategie ausführt, bestehen bereits eine Reihe von formellen und informellen Gremien, mit denen ein reger Austausch gepflegt wird. Die vorliegende Strategie sieht neben dem Austausch mit der Finanzbranche aber auch bewusst vor, neue Akteure vermehrt einzubeziehen, die nicht Teil der Finanzbranche sind, die aber eine wachsende Bedeutung in der Wertschöpfungskette haben (z.B. Fintech-Startups, IKT-Anbieter). Insbesondere mit Blick auf die Handlungsfelder zur Nachhaltigkeit soll auch der Austausch mit weiteren Stakeholdern der Finanzmarktpolitik – Wissenschaft, NGOs und Zivilgesellschaft – intensiviert werden, damit rasche, zukunftsfähige und breit abgestützte Weiterentwicklungen der Finanzmarktpolitik möglich sind. Beispiele bestehender Gefässe sind: regelmässige thematische Roundtables mit jeweils breit diversifizierten Teilnehmerkreisen, verstärkter Austausch mit Startups und den Akteuren der Innovationsförderung, z.B. im Rahmen des neu geschaffenen Green Fintech Network.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6100 Weichelt-Picard Sponsoring-Regeln und -Listen

Ist der Bundesrat bereit Sponsoring-Regeln zu verabschieden, die eine Korruption verhindern? Ist der Bundesrat bereit, regelmässig die Sponsoring-Listen der einzelnen Departemente/Ämter zu veröffentlichen?

#### Antwort

Der Bundesrat hat am 25. November 2020 die Strategie gegen Korruption für die Jahre 2021 – 2024 verabschiedet. Darin wird u.a. die Sensibilisierung der Amtsträger und Angestellten des Bundes als Ziel definiert. Damit will der Bundesrat sicherstellen, dass die Erfüllung öffentlicher Aufgaben nicht durch private Interessen beeinträchtigt und dass den Tätigkeiten und Aufgabenbereichen, die mit erhöhten Risiken behaftet sind, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die Strategie gegen Korruption ist auch auf Sponsoring-Verhältnisse anwendbar, die der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe dienen.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.5948 Müller-Altarmatt

#### SOCAR: Eine Drehscheibe der Kriegsfinanzierung in der Schweiz?

In der Schweiz sind mehrere Firmen (SOCAR Energy Holdings AG, SOCAR Trading SA, SOCAR Energy Switzerland GmbH) angesiedelt, welche dem aserbaidischen Staat gehören und einen Grossteil von dessen Staatshaushalt generieren (2019 rund 57% des Staatshaushalts oder 37.5 Milliarden CHF). Dieses Geld floss auch in den Krieg in Berg-Karabach. Ist sich der Bundesrat der Rolle der Schweiz in diesem Konflikt bewusst und verträgt sich diese Rolle mit der Neutralität der Schweiz?

#### Réponse

Le Conseil fédéral n'est pas en mesure de lier les chiffres mentionnés dans la question et les conclusions qui en sont tirées. Le rapport financier consolidé pour 2019 et publié dans la presse mentionne un bénéfice de 383 millions de dollars pour SOCAR. Il fait état de 37,5 milliards de dollars de revenus commerciaux par le biais des sociétés SOCAR Trading et SOCAR Energy Holdings en Suisse. Il s'agit de recettes et non pas de bénéfices. La part au budget de l'Etat azéri est donc nettement inférieure à ce qui est affirmé.

Les sociétés basées en Suisse sont liées par la législation nationale. Dans le cadre des exigences légales, elles sont toutefois en principe libres de disposer de leurs bénéfices. Le transfert de capitaux de la Suisse vers d'autres pays ne peut être limité que si les exigences légales ne sont pas respectées (par exemple en cas de violation de mesures de sanctions, de blanchiment d'argent, etc.)

Conformément à la loi sur les embargos (RS 946.231), le Conseil fédéral peut prendre des mesures coercitives pour faire appliquer les sanctions décidées par l'ONU, l'OSCE ou les principaux partenaires commerciaux de la Suisse, à savoir l'UE, et qui servent à garantir le respect du droit international, en particulier des droits de l'homme. Pour l'instant, il n'y a pas de décisions concernant la situation actuelle autour du Haut-Karabakh.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 19.5954 Jans

#### Risikoreduktion durch benutzerfreundliche Verpackungen von Pestiziden?

Bereits 2013 schrieb der Bundesrat (13.4162), dass Pestizide gemäss PSMV für den nichtgewerblichen Gebrauch so zubereitet und verpackt werden müssen, dass ihre Dosierung bei der Anwendung erleichtert wird.

- Gehört der Verkauf von Pflanzenschutzmitteln in kleinen, anwenderfreundlichen Verpackungen, die gebrauchsfertig angerührt sind, zu einer der risikominimierenden Massnahmen für die Privatanwendung?

- Warum dauert die Umsetzung dieser Verordnung so lange und bis wann ist sie umgesetzt?

### Réponse

La réponse à l'interpellation 13.4162 contient les dispositions actuellement en vigueur de l'ordonnance sur les produits phytosanitaires. Il est toutefois prévu, dans le cadre du plan d'action sur les produits phytosanitaires, de renforcer les critères d'homologation des produits destinés aux non-professionnels. L'Office fédéral de l'environnement et l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires préparent actuellement ces nouveaux critères. Une consultation est prévue en 2021.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.5971 Töngi

#### **Warum werden in Luzern nicht endlich die Tierzahlen gesenkt, statt Mikromanagement betrieben?**

Auf die IP 20.4115 antwortet der Bundesrat, eine betriebsspezifische Quantifizierung, sowie eine Analyse der relevanten Einflussfaktoren sei unabdingbar, zur Lösungsfindung im Bereich Stickstoff/Ammoniak. In den Antworten zu 19.4480 und 19.4602 hält er dagegen fest, dass die entsprechenden Ziele hauptsächlich wegen der hohen Nutztierbestände in verschiedenen Regionen der Schweiz nicht erreicht würden.

Ist Luzern eine solche Region? Wenn ja, warum werden nicht prioritär die Tierzahlen gesenkt?

### Réponse

Comme déjà mentionné dans la réponse à l'interpellation 19.4602 Müller-Altarmatt « À quel point la trajectoire de réduction pour l'azote est-elle ambitieuse? », le Conseil fédéral vise, avec la PA22+, à généraliser sur l'ensemble du territoire l'utilisation de mesures techniques et de mesures liées à l'exploitation, dans le but de réduire les émissions d'ammoniac et les pertes d'azote. Si la forte densité d'animaux de rente dans une région ne permet pas de réaliser l'objectif environnemental, il convient d'examiner des mesures supplémentaires de réduction de l'intensité. La PA22+ propose l'introduction de contributions pour une agriculture adaptée aux conditions locales. Ces contributions sont octroyées lorsqu'un canton présente une stratégie agricole régionale. Ce faisant, les régions présentant une forte densité animale doivent impérativement résoudre les problèmes occasionnés par l'élevage. Cette proposition du Conseil fédéral soutient les cantons dans le cadre de leur responsabilité liée à la mise en œuvre de la législation sur la protection de l'environnement.

En comparaison avec les autres cantons, le canton de Lucerne présente une forte densité d'animaux de rente : 2.10 unités de gros bétail par hectare de surface agricole utile (SAU). La moyenne suisse de gros bétail par SAU est de 1,24.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.5972 Fischer Roland

#### **Agroscope: Wie soll die wissenschaftliche Unabhängigkeit garantiert werden?**

Der Bundesrat antwortet auf die Ip. 20.4115, dass er mit dem Kanton Luzern, dem Luzerner Bauernverband, den Zentralschweizer Milchproduzenten und Suisseporc in Sursee eine Versuchsstation zu Stickstoff und Phosphor betreiben will. Wie will Agroscope mit dem Kanton Luzern, der in der Kritik steht, seine Aufsichtspflicht im Bereich Stickstoff verletzt zu haben, und mit drei Interessenverbänden der Landwirtschaft Forschung betreiben und gleichzeitig wissenschaftliche Unabhängigkeit garantieren?

#### **Réponse**

Agroscope est responsable de la conception des projets, de l'encadrement scientifique, des mesures et de l'évaluation des essais. Tous les projets de recherche d'Agroscope sont réalisés selon les principes scientifiques et donc indépendamment des intérêts des partenaires impliqués.

Dans les stations d'essais, il s'agit d'élaborer des solutions applicables dans la pratique agricole. La coopération avec les partenaires doit garantir que les résultats de la recherche sont effectivement mis en œuvre dans la pratique agricole le plus rapidement possible.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.5974 Dandrès

#### Conditions de travail du « corps intermédiaire » dans les universités et les hautes écoles

La pétition « Pour la création d'emplois permanents dans le monde académique » reprend les revendications des chercheur-euses post-doctoraux-ales. La Confédération soutient les universités, les hautes écoles et la recherche. Pour apprécier ces revendications je prie le Conseil fédéral de fournir un panorama des conditions d'emploi des engagé-e-s sur des fonds fédéraux (par statuts et établissements), en indiquant notamment les salaires, taux d'activité médian, moyenne d'âge, ratio CDD/CDI.

#### Réponse

Dans les EPF, les modalités de l'engagement des « postdocs » sont définies par les institutions et la durée de l'engagement est toujours limitée. L'échelle salariale est située normalement entre 83 000 et 98 000 francs. Pour les scientifiques engagés avec des subsides du Fonds national, l'échelle salariale est située entre 80 000 et 105 000 francs. D'autres conditions concernent la durée maximale de financement, limitée à cinq ans. Par ailleurs, les hautes écoles sont autonomes pour définir les fonctions, attribuer les postes et les modalités d'engagement. Ainsi, nous ne disposons pas d'un « panorama des conditions d'emploi » pour chaque haute école. Cependant, l'encouragement de la relève scientifique est et reste un objectif central pour les hautes écoles et pour la politique suisse des hautes écoles. Suite au rapport du Conseil fédéral « Mesures pour encourager la relève scientifique en Suisse » en exécution du postulat CSEC-CE (12.3343), les hautes écoles, avec l'appui de la Confédération et des cantons, ont engagé des mesures ciblées déjà durant la période FRI 2017-2020. Citons la mise en place de postes de professeurs assistants en pré-titularisation conditionnelle (Assistant Professor Tenure Track), ainsi que de postes à durée indéterminée avant le professorat. De plus, les conditions d'engagement et de travail à l'échelon des « postdocs » ont été améliorées, par exemple avec une réglementation sur la durée d'engagement et pour un temps libre protégé pour la recherche. Selon la planification stratégique 2021-2024 de la Conférence des recteurs swissuniversities, les améliorations en place et d'autres mesures seront poursuivies et lancées également durant la prochaine période FRI. Un objectif central repris par le Conseil fédéral dans son Message FRI 2021-2024.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.5982 Grossen Jürg

**Landwirtschaft: Welche Summe an Direktzahlungen wurde 2019 nicht ausbezahlt, weil die erforderlichen ökologischen Leistungen nicht erbracht wurden?**

Der Bundesrat sagt auf meine Frage 20.5695: Die Versorgungssicherheitsbeiträge «comme tous les paiements directs, ne seront versées que si les prestations écologiques requises sont fournies». Es ist noch kein UZL erreicht und das «aktuelle Fördersystem muss sowohl hinsichtlich seiner Auswirkungen auf die Biodiversität als auch der Effizienz seiner Umsetzung verbessert werden» wie Gabriele Schachermayr an der SVVIFCOB 2020 sagte.

Welche Summe an Direktzahlungen wurde deshalb 2019 nicht geleistet?

### Réponse

En 2019, les réductions des paiements directs aux exploitations agricoles qui résultent d'infractions aux prestations écologiques requises (PER) et aux différents programmes de paiements directs se sont élevées à 9 404 335 francs au total.

Concernant les exploitations d'estivage, les réductions se sont élevées à 771 502 francs supplémentaires. Les réductions sont publiées chaque année dans le rapport agricole de l'Office fédéral de l'agriculture.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### **Question 20.5992 Baumann Biodiversitätsverlust stoppen**

Laut Antwort des Bundesrats auf die Interpellation 20.3551 werden über die Biodiversitätsbeiträge jährlich gut CHF 400 Mio. gezielt für die Erhaltung der Biodiversität auf der landwirtschaftlich genutzten Fläche ausgerichtet. Trotzdem ist weiterhin ein Verlust der Biodiversität zu beobachten. Was muss aus Sicht des Bundesrats hier gemacht werden, um den Biodiversitätsverlust zu stoppen?

### **Réponse**

Le Conseil fédéral a déjà constaté dans sa réponse à l'interpellation 19.4516 Fivaz « La perte de biodiversité contribue de manière significative à la diminution de la lutte biologique contre les ravageurs et de la pollinisation et à la baisse des rendements agricoles » que le programme de monitoring « Espèces et milieux agricoles » a montré l'efficacité des mesures actuelles de promotion de la biodiversité. Toutefois, l'effet obtenu est encore trop modeste. Dans sa réponse, le Conseil fédéral a également expliqué les mesures proposées dans le cadre de la PA22+ qui visent spécifiquement à combler les déficits connus et à améliorer la qualité des surfaces de promotion de la biodiversité.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### **Question 20.6000 Fivaz Fabien Horizon 21-27 et Euratom/JRC: à quoi servira l'argent?**

Concernant Euratom dans Horizon 21-27, y compris le Joint Research Centre (JRC), quelle est la répartition des dépenses de l'enveloppe prévue dans les domaines suivantes :

- gestion des déchets
- démantèlement des centrales
- sécurité
- développement de nouveaux réacteurs
- lobbying auprès des institutions politiques

Le Conseil fédéral n'a pas pu donner ces chiffres pour Horizon 2020 (Ip. 18.3048), est-il en mesure de le faire pour le programme à venir ?

### **Réponse**

- Le programme Euratom proposé par la Commission européenne couvrira la période 2021-2025 et devrait être prolongé en 2026-2027. Le budget 2021-2027, proposé par extrapolation, prévoit de consacrer 1 035 millions d'euros aux recherches sur la fusion nucléaire et 473 millions d'euros aux recherches dédiées à la fission nucléaire, à la sûreté et à la radioprotection. Enfin, 885 millions d'euros seront consacrés aux activités nucléaires du JRC.
- La répartition effective de ces montants dépendra du budget final adopté par le Conseil et le Parlement de l'UE, des programmes de travail qui seront ensuite adoptés ainsi que des propositions de recherches retenues. Le détail des montants budgétés n'est donc pas encore connu. Il est toutefois d'ores et déjà clair que le programme proposé est un programme de recherche qui ne prévoit en aucun cas d'allouer des fonds à des activités de lobbying.
- L'UE ne prévoit actuellement pas de publier la répartition des subsides de recherche selon les catégories mentionnées dans la question. Dans le cadre du Comité mixte « Recherche » et du Board of Governors du JRC, la Suisse a indiqué en octobre et novembre 2020 qu'elle souhaite que la répartition des fonds soit documentée dans la plus grande transparence. À défaut, cette répartition

pourrait être déterminée dans le contexte d'une analyse d'experts, une fois le programme terminé. Une telle analyse a été faite suite à l'interpellation 18.3048 Chevalley Isabelle « Euratom devient-il le lobby de la branche nucléaire aux frais du contribuable suisse qui a choisi de sortir du nucléaire? ». Celle-ci a montré qu'en 2014-2019, seuls 6% des fonds levés par des institutions suisses étaient dédiés à la recherche en lien avec de futurs réacteurs exploitant la fission, soit 2,7 millions de francs.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6011 Birrer-Heimo

#### **Agroscope: Wer betreibt die Forschungsstation in Sursee, wer bezahlt dafür und bis wann?**

Laut bundesrätlicher Antwort auf die Interpellation 20.4115 will Agroscope in Sursee an der Schliessung der Stoffkreisläufe in der landwirtschaftlichen Produktion forschen. Die eigens dazu aufzubauende Versuchsstation soll zusammen mit dem Kanton und drei landwirtschaftlichen Interessenverbänden betrieben werden. Schliesst Agroscope hierzu einen Vertrag ab? Wenn ja, wann, mit wem und über welchen Zeitraum? Wer finanziert die Infrastruktur, den Betrieb und die Stellen? Was kostet das?

### **Réponse**

Le 8 mai 2020, le Conseil fédéral a approuvé le concept détaillé et le plan de mise en œuvre de la stratégie d'implantation des sites d'Agroscope. Il a également approuvé la station expérimentale « Flux des substances » à Sursee, qui contribue activement à résoudre sur place les problèmes des flux des substances dans le contexte concret des exploitations agricoles, dans l'une des régions les plus touchées par ce problème.

En ce qui concerne la station d'essais de Lucerne, il est prévu qu'Agroscope conclue un accord avec le canton de Lucerne (Dienststelle Landwirtschaft und Wald Kanton Luzern/Service cantonal de l'agriculture et des forêts), l'Union lucernoise des paysans, les producteurs de lait de Suisse centrale, Suisseporcs ainsi qu'avec Agridea. Cet accord-cadre définira la collaboration et les responsabilités dans la « station d'essais sur les flux des substances » ; par exemple, cet accord réglementera les aspects les plus importants en termes d'organisation, de même que l'engagement des partenaires impliqués. Il devrait être signé au cours du premier trimestre 2021.

Le canton de Lucerne prendra en charge, en commun avec Agroscope, la gestion opérationnelle de la station d'essais et fournira le personnel nécessaire pour l'accompagnement et l'encadrement des exploitations pendant les essais. Le canton fournira également les locaux.

Agroscope prévoit environ trois postes scientifiques à partir de 2022. Agroscope a budgétisé des coûts d'un montant de 140 000 francs pour 2021, de maximum 420 000 francs pour 2022 et, à partir de 2023, de maximum 540 000 francs par an. Les coûts matériels devraient être pris en charge par la branche. De plus, Suisseporcs et les producteurs de lait de Suisse centrale participeront à la mise en place d'un réseau d'exploitations agricoles et, si nécessaire, contribueront aux essais avec leurs propres prestations. Agridea est chargé de la dimension nationale, en particulier de l'échange de connaissances à l'échelle nationale.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6024 Python Covid-19: Fraude aux prêts

Je pose cette question en l'absence de S. Prezioso Batou, empêchée de siéger pour cause de maladie liée au Covid-19.

Les médias évoquent d'importantes fraudes des employeurs qui font appel aux RHT: de quels moyens de contrôle disposent la Confédération et les Cantons? Dans le canton de Genève, les contrôles ont été extrêmement limités. Est-il question de prendre des mesures supplémentaires pour mettre fin à de vraisemblables abus?

### Réponse

En matière de RHT, la Confédération dispose d'importantes ressources lui permettant de réduire les risques de fraudes.

Les caisses de chômage peuvent contrôler les décomptes d'indemnités et disposent de moyens légaux leur permettant de demander tous les justificatifs nécessaires à leur vérification. Le service de révision de l'assurance-chômage contrôle les cas douteux. Ces contrôles se font sur le site de l'entreprise. Le service de révision sera renforcé au début du deuxième trimestre 2021 par un nombre important de réviseurs externes, afin d'accélérer la quantité de contrôles en matière d'indemnités en cas de RHT.

Jusqu'à ce jour, nous avons reçu 576 annonces d'abus sur les quelque 148 000 décomptes de RHT. La proportion d'abus ne dépasse pas celle d'avant la crise.

Concernant les crédits COVID cités en titre de la question, le Conseil fédéral a adopté, le 3 avril 2020, les lignes directrices visant à lutter contre les abus. Sur cette base, le Secrétariat d'Etat à l'économie a établi un plan de contrôle, en collaboration avec d'autres offices fédéraux. En ce qui concerne la majorité des 136 000 prêts cautionnés, la fraude semble, jusqu'à présent, se situer à un niveau très bas. Ainsi, en date du 8 décembre 2020, seuls 303 cas ont fait l'objet d'une plainte. Le plan de contrôle sera continuellement mis à jour, en fonction des derniers constats, et développé si nécessaire.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6028 Walder Droits humains au Xinjiang et au Tibet (1)

La situation dramatique en matière de droits humains dans la province du Turkestan oriental (Xinjiang) et au Tibet a-t-elle été abordée lors de la dernière réunion conjointe concernant l'accord sur la coopération en matière de travail et d'emploi entre la Suisse et la Chine ? Qu'a proposé la Suisse à cette occasion ?

### Réponse

Le Conseil fédéral est préoccupé par la situation des droits de l'homme au Xinjiang et au Tibet. La Suisse a déjà exprimé cette préoccupation à plusieurs reprises, au niveau bilatéral et au niveau multilatéral.

L'Accord bilatéral de 2013 sur la coopération en matière de travail et d'emploi réaffirme les obligations de la Chine et de la Suisse en tant que membres de l'Organisation internationale du Travail (OIT). Cela comprend leurs engagements au titre des principes et droits fondamentaux au travail, y compris l'interdiction du travail forcé.

Dans sa réponse à la motion 19.4408 du groupe socialiste sur la situation des droits de l'homme au Xinjiang, le Conseil fédéral a précisé que la Suisse prévoit de soulever la question du travail forcé lors de la prochaine réunion en matière de travail et d'emploi, qui a lieu sous forme d'un dialogue de haut niveau. En raison de la pandémie, ce dialogue n'a pas pu avoir lieu comme prévu en 2020. La date du prochain dialogue n'est pas encore connue mais nous prévoyons de le tenir en 2021.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6030 Lohr

#### Wo liegt die Missbrauchsgefahr bei Kurzarbeit für Temporärarbeitende?

In der Antwort auf Frage 20.5868 lehnt der Bundesrat Kurzarbeit für Temporärarbeitende ab, weil die Gefahr bestehe, dass für denselben Arbeitnehmer sowohl vom Einsatzbetrieb als auch vom Temporärunternehmen Kurzarbeit bezogen werde.

Allerdings kennt der Einsatzbetrieb in der Regel den Lohn seiner Temporärarbeitskräfte gar nicht, sie stehen nicht auf seiner Lohnliste und haben mit ihm keinen Arbeitsvertrag. Wie soll der Einsatzbetrieb ohne diese Angaben Kurzarbeitsentschädigung beantragen können?

### Réponse

Si l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail était étendue aux employés temporaires, le risque de double indemnisation serait important.

D'un côté, les entreprises de location de services devraient présenter une demande et un décompte aux caisses de chômage. Elles devraient se renseigner auprès des entreprises de mission sur le nombre d'heures normalement à effectuer, le nombre d'heures perdues et, le cas échéant, sur les autres absences des employés temporaires.

Les entreprises de mission pourraient, de leur côté, décompter la totalité des collaborateurs, employés temporaires compris, et intégrer par exemple à la somme des salaires le montant qu'elles doivent verser au bailleur de services pour la location de personnel.

Comme le Conseil fédéral l'a indiqué dans sa réponse à la question 20.5868 Lohr « Garantir le maintien d'emplois de longue durée en autorisant les RHT », ces doubles paiements ne peuvent être détectés par les autorités compétentes de l'assurance-chômage en raison de la procédure de règlement sommaire.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6041 Strupler Rekord hoher Rückbehalt beim Mostobst

Durch den Rekord hohen Rückbehalt beim Mostobst von 13Fr./100kg kann für die Landwirte kein kostendeckender Ertrag mehr erwirtschaftet werden, deshalb verdirbt viel wertvolles Obst ungenutzt.

Was unternimmt der Bundesrat das die Äpfel zukünftig nicht ungenutzt am Boden liegen bleiben, oder die Bäume sogar gefällt werden?

Ist die die Förderung der Pflanzung von Hochstammbäumen in den letzten Jahren durch den Bund mitschuldig an diesem Überangebot und sind da Anpassungen geplant?

### Réponse

Les fluctuations des récoltes sont communes dans la production fruitière. La branche a mis en place un mécanisme de stabilisation du marché, qu'elle finance. La Confédération soutient, au moyen de contributions, le stockage de jus concentrés excédentaires. Cette aide contribue à transformer les quantités de pommes et de poires à cidre allant au-delà de celles qui sont nécessaires pour approvisionner le besoin ordinaire des cidreries. La Confédération contribue ainsi à éviter qu'une partie des récoltes de fruits à cidre ne soit pas utilisée.

Entre 2014 et 2019, le nombre d'arbres fruitiers haute-tige soutenus par des contributions à la biodiversité pour le niveau de qualité 1 (QI) a régulièrement diminué. Quelque 2.1 millions d'arbres haute-tige sont actuellement soutenus. Tandis que le nombre d'arbres soutenus par des contributions diminue légèrement, la part des arbres du niveau de qualité 2 (QII) augmente constamment. Les arbres fruitiers haute-tige constituent des habitats très importants pour la biodiversité. De plus, ils représentent des éléments précieux pour la qualité du paysage. C'est pour ces raisons que la Confédération les favorise, de manière active, par des contributions à la biodiversité et à la qualité du paysage. Aucune modification n'est prévue dans ce domaine.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6057 Pasquier

#### Procédure de réexamen de pyréthriinoïdes : où en est-on ?

En août 2020, le Conseil fédéral a répondu à mon interpellation sur les pesticides dangereux pour les abeilles que le processus de réexamen de sept pyréthriinoïdes de synthèse était en cours d'évaluation et qu'il devrait être terminé cette année encore. Je prie le Conseil fédéral de me m'indiquer si ces procédures d'évaluation ont pu être menées à bien, sinon pourquoi, si oui, quels sont les résultats et comment ont-ils été mis en œuvre. Merci.

#### Réponse

Dans sa réponse à l'interpellation 20.3901 Pasquier « Pesticides dangereux pour les abeilles. Quelle est la situation? », le Conseil fédéral mentionne que l'évaluation des risques devrait être terminée d'ici à la fin de l'année. Il précise également que la procédure prévoit ensuite d'entendre les parties, notamment l'industrie et les organisations de protection de l'environnement. Le Conseil fédéral ajoute également que, comme les commentaires des parties doivent être pris en compte, il n'est pas possible de donner une date précise concernant la fin de la procédure. Pour la même raison, il n'est pas possible de communiquer les résultats du réexamen avant la fin de la procédure dans son ensemble.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### **Question 20.6064 Widmer Céline Fahrplan Bericht Rahmenbedingungen Landesausstellung**

Gemäss Bundesbeschluss über die Legislaturplanung 2019 - 2023 verabschiedet der Bundesrat in dieser Legislatur einen Bericht über die Rahmenbedingungen für eine Landesausstellung. Wann wird der Bundesrat diesen Bericht vorlegen und wer übernimmt die Federführung in der Bundesverwaltung für diesen ersten wichtigen Schritt für ein künftiges gesellschaftliches Generationenprojekt?

### **Réponse**

Comme le Conseil fédéral l'a précisé dans sa réponse à l'interpellation 20.1047 Bregy, l'adoption du rapport sur les conditions cadres d'une exposition nationale fait partie des mesures visant à atteindre l'objectif 7 du programme de législature : " La Suisse renforce la cohésion des régions et favorise la compréhension entre les cultures et les communautés linguistiques ". Les services de la Confédération sont en train de mettre au point la procédure à suivre permettant de fixer les conditions cadres d'une exposition nationale. Il s'agit notamment de régler la question de la responsabilité du dossier de la part de la Confédération. Une fois que cette question aura été réglée, le service responsable sera en mesure de fournir, au nom de la Confédération, des informations au sujet du processus. Le rapport sur les conditions cadres sera adopté pendant la législature en cours.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6067 Nicolet

#### **Mesures COVID, avec son coup de poing sur la table le Conseil fédéral ne donne-t-il pas le coup de grâce aux commerces et à la restauration ?**

Alors que certains cantons et leurs commerçants ont fait d'immenses efforts pour répondre aux exigences sanitaires, que ces efforts ont permis de diminuer les cas COVID dans les régions, le Conseil fédéral veut prendre d'abruptes décisions avec la fermeture des restaurants et des commerces à 19h et les dimanches. Le Conseil fédéral :

- Ne donne-t-il pas le coup de grâce aux commerces et à la restauration, déjà très impactés par la crise sanitaire?
- N'encourage-t-il pas le tourisme d'achat?

### Réponse

En raison de l'évolution de la situation épidémiologique actuelle, le Conseil fédéral se voit contraint de prendre des mesures supplémentaires pour endiguer la pandémie. Ceci afin de prévenir une croissance exponentielle et la surcharge des services de soins intensifs.

Le Conseil fédéral est conscient que ces mesures, prévues pour protéger la population et endiguer la propagation du coronavirus, ont des conséquences majeures pour un grand nombre de personnes et d'entreprises.

Afin d'atténuer les conséquences économiques de ces mesures, le Conseil fédéral vise à apporter un soutien ciblé et rapide aux entreprises se trouvant dans des situations difficiles et appartenant à des domaines économiques directement impactés, aux employés et aux indépendants.

En complément de l'indemnisation du chômage partiel et de l'allocation pour perte de gain, les entreprises particulièrement touchées peuvent bénéficier d'un soutien ciblé sur la base de l'ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19.

En ce qui concerne le tourisme d'achat, le Conseil fédéral rappelle qu'il existe toujours une recommandation de s'abstenir si possible de tout voyage non urgent à l'étranger.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6081 Munz Euratom-Beteiligung nicht mit Horizon-Paket verknüpfen

Der Bundesrat beantragt mit der Vollassoziierung an Horizon Europe weiterhin die Euratom-Beteiligung, auch wenn es sich rechtlich um verschiedene Programme handelt. Der Bundesrat hat zu früheren Zeitpunkten festgehalten, dass eine Aufkündigung der Beteiligung am Euratom-Programm bis 2020 nicht vorgesehen sei. Ist der Bundesrat bereit, sich in der aktuellen Verhandlungsrunde und künftig für eine Beendigung der Euratom-Beteiligung einzusetzen?

### Réponse

Le Conseil fédéral n'envisage pas d'interrompre la participation de la Suisse au programme de recherche d'Euratom au cours de la génération de programmes européens débutant en 2021, pour les raisons indiquées dans le message relatif au financement du paquet Horizon 2021-2027, actuellement en traitement par le Parlement.

La participation de la Suisse aux recherches européennes dans le domaine nucléaire garantit l'excellence et le positionnement des institutions suisses dans les réseaux de recherche internationaux et contribue au maintien sur son sol de compétences essentielles dans ce domaine. Décidée par la Suisse en 2016, la sortie du nucléaire renforce l'importance des recherches en matière de radioprotection, gestion des déchets radioactifs et démantèlement. La transition énergétique renforce, elle, l'importance des recherches en fusion nucléaire afin de développer une source d'énergie nouvelle, propre et durable.

Vu la convergence des recherches européennes dans le domaine nucléaire avec les priorités dictées par la transition énergétique et la décision suisse de sortir du nucléaire, le Conseil fédéral considère que la participation au programme Euratom en tant qu'Etat associé est essentielle.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6087 Markwalder

#### **Fair ist anders: Ausdehnung des Tätigkeitsfelds der SERV auf Kosten der Privatversicherer?**

Ist sich der Bundesrat bewusst, dass er mit den "temporären Erleichterungen" (Senkung des Wertschöpfungsanteils in der Schweiz, Erhöhung der Deckung auf 95%) in der SERV-Verordnung das gesetzlich verankerte Subsidiaritätsprinzip übersteuert hat und die SERV nun ihre Geschäftstätigkeit kontinuierlich auf Kosten der Privatversicherer ausdehnt?

#### **Réponse**

En temps de crise, la SERV doit continuer à soutenir l'économie d'exportation suisse. Les mesures prises à titre temporaire jusqu'à fin 2022 ne remettent pas en cause le principe de subsidiarité, qui reste ancré dans la loi, et ne désavantagent pas les assureurs privés. En tout cas, elles n'ont pas conduit à une expansion majeure des activités de la SERV.

En effet, l'augmentation des taux de couverture pour les produits de liquidité et la réduction de la part de la valeur ajoutée étaient déjà possibles, mais uniquement avec une motivation détaillée des exportateurs et des banques.

La décision du Conseil fédéral consiste donc à supprimer les lourdes et coûteuses justifications. Ces mesures permettent ainsi à nos exportateurs d'accéder plus facilement et plus rapidement aux prestations offertes par la SERV.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6088 Friedl Claudia

#### Das BLW und sein Auftrag zur „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“

OECD und IPBES halten in verschiedenen Publikationen fest, dass die konventionelle Landwirtschaft ein hauptsächlicher Treiber hinter dem Artensterben ist. Diese Erkenntnis gewinnt in der Landwirtschaft und der Bevölkerung immer mehr an Zustimmung. Angesichts der wissenschaftlich breit abgestützten Resultate braucht es nun endlich wirkungsvolle Massnahmen.

Was will das BLW konkret tun, damit es seinen Auftrag zur „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“ tatsächlich erfüllen kann?

### Réponse

Les objectifs de la politique agricole fixés à l'horizon 2021 concernant la quantité et la qualité des surfaces de promotion de la biodiversité ont été atteints. Malgré une hausse de la participation des paysans aux programmes d'encouragement, le recul de la biodiversité n'a toutefois pas pu être enrayeré jusqu'ici.

Les propositions du Conseil fédéral pour la poursuite du développement de la politique agricole à partir de 2022 tiennent compte de ce constat et font des recommandations concrètes pour améliorer l'impact des contributions pour la biodiversité. Les propositions visant à renforcer les prestations écologiques requises ainsi que les propositions visant à réduire les pertes d'éléments fertilisants contribuent également à l'objectif, défini pour l'année 2025, d'accroître la biodiversité sur les surfaces de promotion de la biodiversité et de parvenir à un développement au moins stable sur les autres terres agricoles.

En outre, la PA22+ encourage une agriculture adaptée aux conditions locales et apporte une contribution globale importante à une meilleure protection des bases naturelles de la vie.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6093 Arslan China - Roundtable für die Textilbranche

SECO und FDA haben im September erstmals einen Roundtable für die Textilbranche bezüglich der Situation in Xinjiang (Ostturkestan) im Zusammenhang mit systematischer Zwangsarbeit und schweren Menschenrechtsverletzungen durchgeführt. Was sind die Resultate? Gedenkt der Bundesrat auch weitere RT für andere Branchen (z.B. Finanzsektor)?

### Réponse

Le 9 septembre 2020, le DEFR (SECO) et le DFAE ont organisé une table ronde selon la règle de 'Chatham House' sur la situation au Xinjiang, principalement pour les associations du secteur du textile et de l'habillement.

Depuis 2018, l'administration fédérale organise des ateliers sur la mise en œuvre des procédures de diligence raisonnable en matière de droits de l'homme. Les normes et lignes directrices internationalement reconnues restent d'actualité, telles que les Principes directeurs de l'OCDE à l'intention des entreprises multinationales et les Principes directeurs des Nations Unies sur les entreprises et les droits de l'homme. L'échange sur le Xinjiang a répondu aux attentes des participants et a révélé combien il est difficile d'obtenir des informations sur place.

Les entreprises ont toujours la possibilité de discuter plus en profondeur avec l'administration fédérale des problèmes actuels. Jusqu'à présent, aucune autre industrie n'a exprimé un besoin spécifique d'informations sur la situation au Xinjiang. Ces demandes seront le cas échéant examinées.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6094 Arslan

#### China - Treffen des gemischten Ausschuss im Rahmen des FHA

Wurde die dramatische Situation in Xinjiang und Tibet beim letzten Treffen des gemischten Ausschusses im Rahmen des FHA angesprochen? Was unternimmt die Schweiz?

#### Réponse

Le Conseil fédéral est préoccupé par la situation des droits de l'homme au Xinjiang et au Tibet ; elle l'a fait savoir aux autorités chinoises à plusieurs reprises.

La Suisse agit à plusieurs niveaux sur les allégations de travail forcé au Xinjiang en particulier. Elle a soulevé à plusieurs reprises, au niveau multilatéral, la situation des Ouïgours et d'autres minorités du Xinjiang et a demandé la fermeture des camps d'internement. Dans les derniers mois, elle a participé à deux déclarations communes de plusieurs Etats qui ont appelé la Chine à mettre fin aux violations des droits de l'homme au Xinjiang : en juin, dans le cadre du Conseil des droits de l'homme et en octobre dans le cadre de la 3e commission de l'Assemblée générale de l'ONU. Au plan bilatéral : nous utilisons les instruments et plateformes à disposition pour aborder ces sujets lors de nos contacts avec la Chine. Ceci a été le cas dernièrement lors des consultations politiques bilatérales de haut niveau.

L'accord de libre-échange (ALE) est un autre instrument à disposition ; la dernière réunion du comité mixte a eu lieu en 2016. Ces problèmes ne nous étant pas connus à l'époque, nous ne sommes pas intervenus sur ce point ; la Suisse thématisera ces questions lors de la prochaine rencontre.

Nous avons établi, dans le cadre de l'ALE, un dialogue bilatéral sur le travail et l'emploi qui prévoit la participation active des partenaires sociaux suisses. La rencontre de l'été 2020 ayant été reportée en raison de la crise du Covid-19, nous prévoyons d'aborder la problématique du travail forcé lors de la prochaine rencontre.

Enfin, nous nous engageons au niveau de la sensibilisation du secteur privé. Le DEFR (SECO) et le DFAE ont récemment organisé une table ronde sur la question

du travail forcé et des risques dans la région du Xinjiang avec la participation de divers représentants du secteur du textile et de l'habillement.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6103 Rytz Regula

**Auf welche Untersuchungen stützt sich der Bund bei seiner Annahme, dass durch Auflagen betreffend die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln Risiken reduziert werden können?**

Auf Ip. 20.3351 antwortet der Bundesrat: "Beim Spritzen ist die Exposition gegenüber einem Pflanzenschutzmittel viel höher als beim Verzehr". Die Anwenderinnen von PSM sind also am meisten gefährdet, das Risiko für sie soll mit Auflagen reduziert werden.

Auf welche wissenschaftlichen Untersuchungen stützt sich der Bund betreffend die Frage, ob die geltenden Auflagen zu Pestiziden von den Anwenderinnen in der Schweiz stets gelesen, verstanden und eingehalten werden - und wenn nein, warum?

### Réponse

Il n'existe pas d'études scientifiques sur la mise en œuvre des exigences en matière de protection des utilisateurs. Comme pour tous les produits chimiques, il appartient à celui qui utilise un produit de respecter les prescriptions d'utilisation mentionnées sur les étiquettes. De plus, les utilisateurs professionnels de produits phytosanitaires doivent disposer d'un permis de traitement accordé aux personnes qui ont suivi la formation nécessaire leur permettant d'utiliser correctement ces produits.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6105 Gugger Änderungen beim Rückzugverfahren von Pflanzenschutzmitteln

Auf meine Frage 20.5160 antwortet der Bundesrat, dass er zwei Änderungen der Pflanzenschutzmittelverordnung bezüglich des Rückzugverfahrens von Pflanzenschutzmitteln geplant hat.

- Sind die beschriebenen Änderungen inzwischen entschieden oder bereits umgesetzt? Wenn ja, was bedeuten sie genau?
- Wenn nein, welche davon wurden nicht umgesetzt und warum?

### Réponse

Les modifications de l'ordonnance sur les produits phytosanitaires (RS 916.161), mentionnées dans la réponse à la question 20.5160, ont été adoptées par le Conseil fédéral le 11 novembre 2020.

Dès le 1<sup>er</sup> janvier 2021, une seule modification de cette ordonnance sera nécessaire pour procéder au retrait en Suisse d'une substance qui a été retirée dans l'UE. Dans la procédure actuellement en vigueur, il faut procéder à deux modifications. Dans un premier temps, la substance concernée doit être admise dans l'annexe 10 de l'ordonnance afin de donner la possibilité aux détenteurs des autorisations de demander une réévaluation. Puis, dans un deuxième temps, il faut procéder au retrait de l'annexe 1.

Comme déjà expliqué dans la réponse à la question 20.5160, la première étape a été supprimée, ce qui raccourcit en conséquence la procédure de retrait.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6106 Gugger

#### Das Vorsorgeprinzip in allen Fällen einhalten!

Gemäss Aussagen des Bundesrats dürfte es 1.5 Jahre dauern bis die Zulassung der in meiner Frage 20.5291 erwähnten Pyrethroide überprüft sein wird. Laut EAWAG - aber auch einer neuen Studie der Agroscope - gehören sie zu den giftigsten Pestiziden auf dem Schweizer Markt überhaupt.

Das Vorsorgeprinzip würde gebieten, diese Stoffe sofort vom Markt zu nehmen und dann zu überprüfen, ob sie wieder zugelassen werden dürfen. Wie begründet der Bundesrat, dass dies offensichtlich nicht gemacht wird?

#### Réponse

Les pyréthriinoïdes mentionnés dans la question font actuellement l'objet d'une procédure de réexamen. Dans le cadre du réexamen de produits déjà autorisés sur le marché, la procédure prévoit, dans un premier temps, de procéder à une évaluation des risques sur la base des nouvelles connaissances scientifiques. Puis elle donne le droit légitime aux détenteurs des autorisations d'être entendus. Les décisions sont ensuite prises en connaissance de cause. Cette procédure tient compte du principe de sécurité juridique. Des mesures de précaution peuvent être prises lorsque les connaissances scientifiques sont insuffisantes pour une évaluation complète du risque.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.6113 Klopfenstein Broggin

#### Où peut-on consulter les études d'impact réglementaire du SECO sur les programmes d'impulsion du Conseil fédéral et qui participe à l'évaluation ?

En réponse à mes questions 20.5767 et 20.5616, le Conseil fédéral répond que la Confédération évalue, entre autres, les effets environnementaux des mesures des programmes d'impulsion au moyen d'une étude d'impact.

-Où ces évaluations d'impact sont-elles publiées - où peut-on les consulter? En particulier la partie sur les effets pour la biodiversité ?

-Le SECO s'appuie-t-il sur des experts externes, par exemple de l'OFEV, ou existe-t-il des experts internes dans le domaine de l'écologie ?

### Réponse

En principe, ce sont les offices fédéraux responsables des mesures qui sont chargés d'examiner les impacts de la réglementation proposée et non le SECO. Le SECO fournit les bases méthodologiques de l'analyse d'impact de la réglementation (AIR). Les résultats des analyses d'impact effectuées sont intégrés dans les rapports explicatifs et les messages du Conseil fédéral. Pour les projets importants, les offices les publient également dans un rapport séparé.

En principe, les analyses d'impact de la réglementation traitent des conséquences sur l'économie, l'environnement et la société. Elles peuvent être réalisées en interne ou par un mandataire externe.

En ce qui concerne la crise du coronavirus, le Conseil fédéral a adopté des mesures d'atténuation, mais n'a pas adopté de programme de relance économique. Il n'existe donc pas d'analyses d'impact.

Le Conseil fédéral a indiqué dans son message relatif à la loi Covid-19 qu'il ne s'attend à aucun effet direct sur l'environnement.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.5951 Steinemann

#### Stand der Ausweisung von mutmasslichen Terroristen

Im September 2018 sagte die damalige Justizministerin im Nationalrat, 2017 habe der Bund 13 Ausweisungen verfügt, 2018 drei. Nur in acht Fällen sei die Ausweisung vollzogen worden.

Wie viele Gefährder sind

- momentan bei den Sicherheitsbehörden registriert?
- in Untersuchungshaft oder in Verwahrung?
- einen Landesverweis? Wie viele sind vollzogen?

Wie viele Gefährder befinden sich in einem Ausbürgerungsverfahren und wie viele sind abgeschlossen?

#### Antwort

Im November 2020 verzeichnete der NDB 49 Risikopersonen. Als «Risikoperson» gelten Personen, die ein erhöhtes Risiko für die innere und äussere Sicherheit der Schweiz darstellen. Es werden dabei sowohl Dschihadisten als auch Personen, die andere Formen des Terrorismus unterstützen und dazu ermutigen, erfasst.

Der NDB betreibt ein Monitoring über einschlägige, von Dschihadisten genutzte öffentliche Internetseiten, soziale Medien und Foren. Seit 2012 hat der NDB rund 690 Nutzer identifiziert, die in oder aus der Schweiz im Internet dschihadistisches Gedankengut verbreiten oder sich mit Gleichgesinnten im In- und Ausland vernetzt haben, die Kriterien für Risikopersonen jedoch noch nicht erfüllen. Wenn Anhaltspunkte für eine Radikalisierung vorliegen, kann der NDB präventive Ansprachen durchführen und ausländerrechtliche Massnahmen bei fedpol und den Kantonen beantragen. Bei Verdacht auf strafbare Handlungen übergibt der NDB die Fälle an die Strafverfolgungsbehörden des Bundes.

Gegenwärtig befinden sich im Rahmen von Strafverfahren der Bundesanwaltschaft im Zusammenhang mit Terrorismus sieben Personen in Untersuchungshaft. Verwahrungen wurden in diesen laufenden Verfahren keine angeordnet.

Bisher wurde erst in einem Verfahren der Bundesanwaltschaft im Zusammenhang mit Terrorismus ein Landesverweis verfügt; dieser ist noch nicht rechtskräftig.



Bislang ist einer Person mit doppelter Staatsbürgerschaft das Schweizer Bürgerrecht rechtskräftig entzogen worden. Gegen einen anderen Entzugsentscheid ist Beschwerde erhoben worden; der Fall ist aktuell vor Bundesverwaltungsgericht hängig. In rund 10 weiteren Fällen ist der Entzug in Prüfung.



## Heure des questions du 14 décembre 2020

### Question 20.5952 de Quattro

#### Violences sexuelles sans consentement, où en sont les travaux?

Le droit en vigueur méconnaît la réalité des violences sexuelles. Sans preuve de violence ou de menaces, la législation ne punit pas un viol même en l'absence de consentement. En janvier dernier, la commission des affaires juridiques du Conseil des Etats a chargé l'administration fédérale de présenter une révision du code pénal suisse, afin que tous les actes sexuels non consentis puissent être punis de manière adéquate. Le projet était annoncé pour la fin de l'été 2020. Où en sont les travaux ?

#### Réponse

Il est prévu que la Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats (CAJ-E) traite les propositions de l'administration fédérale relatives à une révision du droit pénal sexuel lors de sa séance à la fin janvier 2021 et ouvre ensuite une procédure de consultation. L'administration soumettra les documents requis à la CAJ-E en temps utile.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.5963 Marti Samira Unbegleitete Minderjährige aus Griechenland

Das EJPD hat im Frühjahr Griechenland auf der Grundlage der bestehenden Dublin-Bestimmungen die rasche Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) mit familiären Verbindungen in die Schweiz in Aussicht gestellt. Die umgehende Einreise von 22 UMA wurde bewilligt. Wie vielen Kindern wurde unterdessen die Einreise in die Schweiz erlaubt? Wie viele Kinder befinden sich bereits auf Schweizer Boden?

#### Antwort

Seit Anfang Jahr hat die Schweiz 54 unbegleitete minderjährige Asylsuchende mit einem familiären Bezug zur Schweiz aufgenommen. Falls das SEM, beispielsweise von Angehörigen in der Schweiz, vom Aufenthalt einer mit ihnen verwandten unbegleiteten minderjährigen Person in Griechenland erfährt, informiert es die zuständigen griechischen Behörden darüber. Diese können dann ein entsprechendes Gesuch stellen. Es ist geplant, dass in diesem Rahmen vor Ende 2020 eine weitere Gruppe von 17 unbegleiteten Minderjährigen in die Schweiz einreisen wird.

Daneben beteiligt sich die Schweiz an der durch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft koordinierten Evakuierung und Aufnahme von 400 Minderjährigen nach dem Brand in Moria auf der Insel Lesbos. Die Schweiz hat beschlossen, 20 Kinder und Jugendliche – unabhängig von ihrem familiären Bezug zur Schweiz – aufzunehmen. Die Planung der Einreise dieser Personen ist im Gang und wird voraussichtlich noch vor Jahresende stattfinden.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.5964 Marti Samira Internetzugang in Asylunterkünften

1. Wie funktioniert/e Home Schooling von geflüchteten Kindern/Sprachkurse geflüchteter Menschen während Corona?
2. Gibt es in den Bundesasylzentren (mV/oV/BZ) Internetzugang für Bewohner/innen?
3. Falls ja: Gibt es räumliche, zeitliche oder technische Einschränkungen (Nutzerzahl/Bandbreite)?
4. Kantone: Gibt es Vorgaben vom Bund i.S. Internetzugang? Könnte der Bund solche erlassen?
5. Wie ist die Situation i.S. Internetzugang in kantonalen/kommunalen Unterkünften? Hat der Bund Zahlen dazu?

### Antwort

Im Frühjahr 2020 fand das Home Schooling in den Räumlichkeiten der Bundesasylzentren BAZ statt. Dabei übermittelten die Lehrpersonen ihre Aufträge an die Mitarbeitenden der Leistungserbringer Betreuung, welche die Kinder bei der Umsetzung dieser Aufträge unterstützten. Aktuell findet der Schulunterricht gemäss den kantonalen Vorgaben wieder als Präsenzunterricht statt. Die Sprachkurse für erwachsene Asylsuchende finden unter Einhaltung der Verhaltensregeln des Bundesamts für Gesundheit (BAG) statt.

Die BAZ sind mit WLAN für Asylsuchende ausgestattet. Dieses steht den Asylsuchenden grundsätzlich ohne Einschränkungen rund um die Uhr zur Verfügung. Die Nutzung von elektronischen Geräten, wie bspw. Mobiltelefone, Tablets oder Laptops, kann zur Sicherstellung der Nachtruhe allerdings eingeschränkt oder ganz unterbunden werden.

Der Bund hat keine Kenntnis, ob in kantonalen oder kommunalen Unterkünften der Internetzugang gewährleistet ist. Es gibt seitens Bund auch keine Vorgaben zum Internetzugang von Personen des Asylbereichs, welche sich in kantonalen Zentren aufhalten. Der Bund hat aufgrund der kantonalen Zuständigkeit diesbezüglich kein Weisungs- oder Aufsichtsrecht. Der Bund ist daher nicht berechtigt, den Kantonen in diesem Bereich Vorgaben zu machen.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.5967 Keller Peter

#### Hohe Kriminalität von Nordafrikanern rund ums Bundesasylzentrum. Wie erfolgreich ist die "Null-Toleranz-Politik" des SEM?

Im Raum Neuenburg sind Straftaten massiv angestiegen. Bei vielen Tätern handelt es sich um Asylbewerber aus Nordafrika. Das SEM hat eine Nulltoleranzpolitik angekündigt. Verstossen die Asylsuchenden gegen diese Politik, sollen sie vom Asylverfahren ausgeschlossen werden.

Wirkt diese Null-Toleranz-Politik?

Wie viele Algerier, Marokkaner und Tunesier wurden vom Asylverfahren ausgeschlossen?

Beabsichtigt der BR, die nordafrikanischen Länder als sichere Herkunftsstaaten zu erklären?

### Antwort

Das SEM nutzt in Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen kantonalen Behörden den rechtlichen Handlungsspielraum konsequent, um kriminelles oder renitentes Verhalten von Asylsuchenden zu sanktionieren. Die Massnahmen, welche das SEM gemeinsam mit den Neuenburger Behörden ergriffen hat, beginnen Wirkung zu zeigen. Die Straftaten und Ordnungsverstösse, welche teilweise von Asylsuchenden aus dem Bundesasylzentrum Boudry verursacht wurden, haben wieder abgenommen. Zudem prüft das SEM die Wiedereröffnung des besonderen Zentrums les Verrières für die Unterbringung von Personen, welche den ordentlichen Betrieb der Bundesasylzentren schwerwiegend stören. Es ist hierfür im engen Austausch mit dem Kanton Neuenburg. Des SEM bemüht sich ausserdem mit Hochdruck, die aufgrund der Pandemie teilweise erschwerten Dublin-Überstellungen sowie den mit gewissen Staaten blockierten Wegweisungsvollzug zu verbessern.

Gemäss Artikel 8 Absatz 3bis Asylgesetz werden Gesuche formlos abgeschrieben, wenn asylsuchende Personen ohne triftigen Grund ihre Mitwirkungspflicht verletzen oder den Asylbehörden während mehr als 20 Tagen nicht zur Verfügung stehen. Dasselbe gilt für Personen, die den Asylbehörden in einem Zentrum des Bundes ohne triftigen Grund während mehr als 5 Tagen nicht zur Verfügung stehen. Zwischen Januar und November 2020 wurden aufgrund dieses Artikels die Asylgesuche von 53 Personen aus Algerien, von 14 Personen aus Marokko und von 5 Personen aus Tunesien abgeschrieben.



Das EJPD hat im Herbst 2020 geprüft, ob die Maghreb-Staaten die objektiven Kriterien zur Bezeichnung als sichere Herkunftsstaaten gemäss Artikel 2 Absatz 1 der Asylverordnung 1 erfüllen. Dies ist bei Algerien und Marokko nicht der Fall. Aufgrund der aktuellen Herausforderung, welche die Corona-Pandemie für die Stabilität des Landes darstellt, ist auch bei Tunesien eine Bezeichnung als sicherer Herkunftsstaat zum jetzigen Zeitpunkt nicht angezeigt. Die Staatspolitischen Kommissionen wurden bezüglich der Safe Country-Liste konsultiert. Im Sommer 2021 wird das EJPD alle drei Maghreb-Staaten erneut einer Prüfung unterziehen.



## **Fragestunde vom 14. Dezember 2020**

### **Frage 20.5988 Steinemann Kultur-Subventionen**

Im Zusammenhang mit der Erpressung eines Mitgliedes der Landesregierung wurde eine Person mit einem Strafbefehl belangt. Die Person sei im künstlerischen Gewerbe tätig.

Hat diese Person jemals Subventionen aus einer Bundeskasse erhalten oder wurde eine juristische Person, an der sie beteiligt ist und die eine berufliche künstlerische Tätigkeiten bezweckt, mit Subventionen oder anderen Unterstützungsleistungen aus einer Bundeskasse bedacht oder ist eine solche noch beabsichtigt?

### **Antwort**

Wie schon in der Fragestunde von letzter Woche auf die Fragen von NR Thomas Aeschi (20.5941 und 20.5943) ausgeführt, äussert sich der Bundesrat grundsätzlich nicht zur Tätigkeit der Bundesanwaltschaft in Einzelfällen, und darum auch nicht zu Spekulationen über deren Inhalt.



## Ora delle domande del 14 dicembre 2020

### Domanda 20.5993 Regazzi

#### Quali sono le strategie di deradicalizzazione promosse dalla Confederazione?

Il Piano d'azione nazionale (PAN) di prevenzione della radicalizzazione e dell'estremismo violento dedica le misure 21-24 al disimpegno e alla reintegrazione di soggetti pericolosi. I fatti di Morges (16.09) e Lugano (23.11) hanno in comune l'azione di 2 persone note a Fedpol per radicalizzazione. Quale strategia ha adottato il Gruppo d'esperti del PAN per disimpegnare/reintegrare persone note per estremismo al di fuori dei procedimenti penali e dell'esecuzione delle pene? Con quali risultati?

#### Risposta

Die Umsetzung der im Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (NAP) vorgesehenen Massnahmen für den Ausstieg und die Reintegration liegt in der Kompetenz der Kantone. Der Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) hat zu diesem Zweck einen Expertenpool konstituiert. Unter der Leitung des SVS haben die Mitglieder dieses Expertenpools einen Referenzkatalog erarbeitet. Dieser Katalog gibt Massnahmen vor, die den Ausstieg einer Person aus dem Gewaltextremismus und die Reintegration in die Gesellschaft unterstützen. Diese Massnahmen richten sich sowohl an Erwachsene als auch an Minderjährige und sollen bei radikalisierten Personen im Strafverfahren, im Strafvollzug (einschliesslich Bewährung) und nach der Haftentlassung sowie bei sogenannten Rückkehrenden bewirken, dass sie sich vom gewalttätigen Extremismus distanzieren bzw. davon abwenden. Der Referenzkatalog bezieht sich grundsätzlich auf jede Form des gewalttätigen Extremismus. Auf Anfrage beim SVS kann der Expertenpool die für die Reintegration von radikalisierten Personen verantwortlichen Behörden und Instanzen unterstützen und beraten.

Bei Personen, die weiterhin als radikalisiert gelten, werden nach Inkrafttreten des vom Parlament beschlossenen Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) auf Antrag der Kantone oder des NDB polizeiliche Massnahmen angewendet werden können.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### **Frage 20.6002 Marti Samira Tertiäre Bildung Geflüchteter in der Integrationsagenda Schweiz**

Die Integrationsagenda Schweiz legt einen starken Fokus auf die Abklärung vorhandener Potentiale und Ressourcen von VA und anerkannten Geflüchteten. Die während dieser Potentialabklärungen erhobenen Informationen bilden die Grundlage für den gemeinsam vereinbarten Integrationsplan, mit dem ein spezifisches Berufsziel gefördert werden soll. Warum wird in der Agenda der tertiäre Bildungsweg nicht erwähnt? Weshalb wird dabei ein Studium nicht explizit als valable Option vorgesehen und gefördert?

### **Frage 20.6003 Marti Samira Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region / Lissabon-Konvention**

Seit dem 1.2.1999 ist die Lissabon-Konvention in der Schweiz in Kraft. Art. 7 verpflichtet, Verfahren zu entwickeln, um zu bewerten, ob Flüchtlinge die Voraussetzungen für den Hochschulzugang erfüllen — auch wenn Urkunden fehlen. Norwegen hat seit 2013 ein Verfahren für die Anerkennung der Vorbildung von geflüchteten Personen, 2016 haben die ENIC-NARIC Zentren in NOR, GB, NLD, ITA, FRA, ARM, DEU und SVVE ebenfalls eines entwickelt. Was hat die Schweiz dafür bislang getan?

### **Antwort**

Es trifft nicht zu, dass der tertiäre Bildungsweg in der Integrationsagenda nicht erwähnt wird. Der Grundlagenbericht zur Integrationsagenda Schweiz sieht vor, dass vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge Zugang zu Bildungswegen haben sollen, die zu einem staatlich anerkannten Abschluss auf der Sekundarstufe II und/oder Tertiärstufe führen. Aufgrund der bestehenden Zuständigkeiten haben die staatlichen Akteure bei der Lancierung und Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz vor allem auf den Einstieg in die berufliche Grundbildung fokussiert und sich dabei auf einen verbindlichen Integrationsprozess einigen können. Der Zugang zu den Hochschulen ist komplexer gestaltet.

Die Lissabonner Konvention hat zum Ziel, die Anerkennung von in den Vertragsstaaten ausgestellten Qualifikationen zu erleichtern. Die darin enthaltenen Verpflichtungen hinsichtlich der Zulassung stehen hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Gebot der Nichtdiskriminierung. Es geht im Wesentlichen darum, dass für alle diesel-



ben Anforderungen gelten sollen. Die Vertragsparteien haben jedoch nach wie vor eine grosse Autonomie in der Frage der Zulassung ausländischer Studierender.

In der Schweiz sind gestützt auf das Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz die Hochschulen für die Zulassung zum Hochschulstudium zuständig. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) steht seit mehreren Jahren im Austausch mit dem Dachverband swissuniversities, um den Zugang von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommen zu Schweizer Hochschulen zu verbessern. Im Rahmen der kantonalen Integrationsprogramme wurde im Kanton Genf zu diesem Zweck das Projekt «horizon académique» lanciert. Ein weiteres Pilotprojekt wird demnächst an der Universität Zürich lanciert.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6021 Molina

**Gewaltausbruch in Äthiopien: Nach welchen Kriterien beurteilt das SEM die Sicherheit im Herkunftsland und wie viele Personen aus Äthiopien befinden sich im Asylverfahren?**

In seiner Antwort auf Frage 20.5800 führte der Bundesrat aus, dass das SEM die Situation in Eritrea und Äthiopien aufmerksam beobachtet und seine Asyl- und Wegweisungspraxis aufgrund des Konflikts gegebenenfalls anpassen werde.

- Nach welchen Kriterien und in welchem Zeitraum passt das SEM bei neuen Konflikten die Liste der sicheren Herkunftsländer an? Auf welcher Stufe fallen diese Entscheide?
- Wie viele Personen aus Äthiopien befinden sich aktuell in einem laufenden Asylverfahren?

### Antwort

Gemäss Artikel 6a Absatz 2 des Asylgesetzes bezeichnet der Bundesrat Staaten, in welchen nach seiner Feststellung Sicherheit vor Verfolgung besteht (sogenannte Safe Countries).

Die entscheidenden Kriterien, die dabei geprüft werden, sind die politische Stabilität und die Menschenrechtssituation vor Ort. Zudem werden bei der Prüfung die Einschätzung von EU/EFTA-Mitgliedsstaaten und vom Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen UNHCR sowie weitere länderspezifische Erkenntnisse berücksichtigt. Die zuständigen Kommissionen der eidgenössischen Räte müssen vor jeder Änderung der Liste, mindestens aber einmal jährlich, konsultiert werden. Die letzte Konsultation fand im Herbst 2020 statt. Weder Eritrea noch Äthiopien hat der Bundesrat jemals als verfolgungssicher im Sinne des Asylgesetzes eingestuft.

Stand Ende November 2020 befanden sich in der Schweiz 39 äthiopische Staatsangehörige in einem laufenden Asylverfahren.



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.5945 Fabian Molina

#### Fall Magnitsky: Warum handelt die Schweiz nicht gegen Geldwäscherei?

Wie erklärt sich der Bundesrat die Einstellung des Geldwäscherei-Verfahrens im von Sergei Magnitski aufgedeckten Diebstahl von Steuern durch Moskauer Steuerbeamte? Lässt sich dieses durch das in der BA herrschende "Machtvakuum" erklären, wie dies ausländische Experten tun? Schadet es nicht dem guten Ruf der Schweiz, wenn nun die BA gestohlene Mittel an russische Oligarchen zurückbezahlt, die von den amerikanischen Behörden als "Kriminelle" entlarvt worden sind?

#### Antwort

Die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA) hat die Bundesanwaltschaft (BA) ersucht, zu den Fragen Stellung zu nehmen. Die AB-BA beobachtet das Geldwäscherei-Verfahren Magnitski im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit und hat sich von der BA dazu an ihrer Sitzung vom 7. Dezember 2020 informieren lassen. Die Einstellungsverfügung der BA kann von den Parteien bei der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts angefochten werden. Allfällige eigene aufsichtsrechtliche Untersuchungen könnte die AB-BA erst einleiten, nachdem die Einstellungsverfügung in Rechtskraft erwachsen ist.

Die Antwort der BA im Einzelnen:

Im Sinne einer Einordnung ist vorab folgendes festzuhalten: Die Strafbehörden sind von Gesetzes wegen in der Rechtsanwendung unabhängig und allein dem Recht verpflichtet (Art. 4 Abs. 1 der Strafprozessordnung, StPO). Die inhaltliche Kontrolle richterlicher Entscheide und von Entscheiden der BA ist gemäss Art. 26 Abs. 4 des Parlamentsgesetzes von der parlamentarischen (Ober-) Aufsicht ausgeschlossen. Diese

Regelung dient unter anderem dem Schutz der eidgenössischen Gerichte und der BA vor politischer Einflussnahme. Dem Schutz der Unabhängigkeit der Strafbehörden dient schliesslich auch das dem schweizerischen Rechtsstaat inhärente System der Gewaltenteilung.

Als unabhängige Strafverfolgungsbehörde hat die BA den gesetzlichen Auftrag der Wahrheitsfindung. Sie klärt unter Einhaltung des Untersuchungsgrundsatzes alle für die Beurteilung der Tat und der beschuldigten Person bedeutsamen belastenden und entlastenden Umstände ab. In Geldwäschereifällen ist insbesondere hinreichend zu erstellen, dass zwischen den Geldern, bezüglich derer ein Verdacht von Geldwäscherei in der Schweiz besteht, und einer Vortat, d.h. einem in der Regel im Ausland begangenen Verbrechen, ein Zusammenhang besteht. Zur Klärung einer im Ausland begangenen Vortat ist die BA auf die Rechtshilfe des betreffenden Staates angewiesen. Ohne rechtsgenügend nachgewiesenen Zusammenhang mit einer Vortat kann eine beschuldigte Person nicht wegen Geldwäscherei verurteilt werden.

Soweit sich der Tatverdacht erhärtet, verfügt oder beantragt die BA eine Verurteilung der beschuldigten Person; weiter verfügt oder beantragt sie die Einziehung der Gelder, die direkt aus einem Verbrechen stammen, oder ihre "Rückerstattung" auf dem Weg einer Ersatzforderung.

Im Strafverfahren, das Gegenstand vorliegender Frage bildet, ist die BA am Ende ihrer Untersuchung angelangt. Sie kommt zum Schluss, dass das gegen Unbekannt geführte Verfahren gemäss Art. 319 Abs. 1 StPO einzustellen ist. Die BA beabsichtigt jedoch, soweit zwischen den in der Schweiz beschlagnahmten Vermögenswerten und der in Russland begangenen Vortat ein Zusammenhang nachgewiesen werden kann, die Einziehung eines Teils der gegenwärtig beschlagnahmten Gelder zu verfügen.

Eine Einstellungsverfügung kann von legitimierten Parteien bei der zuständigen Beschwerdeinstanz angefochten werden (Art. 322 Abs. 2 StPO). Diese richterliche Kontrolle übt in Fällen der Bundesgerichtsbarkeit die Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts aus (Art. 37 Abs. 1 des Strafbehördenorganisationsgesetzes).



## Fragestunde vom 14. Dezember 2020

### Frage 20.6112 Sibel Arslan Magnitsky - Kontis in Schweiz

Im Zusammenhang mit dem Fall Magnitsky sollen in der Schweiz bei der Credit Suisse zwei Kontis geöffnet worden sein, die auf den Namen Frau Olga Stepanowa und ihren Mann lauten. Frau Stepanowa verdiente als russische Beamtin im Steuerbereich über ein kleines Einkommen. Einen Geldtransfer in Millionenhöhe ist deshalb sehr auffällig. Wurde die Finma vom zuständigen Staatsanwalt über die beiden verdächtigen Kontis informiert? Wenn ja hat die Finma gehandelt und wenn ja wie.

### Antwort

Die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA) hat die Bundesanwaltschaft (BA) ersucht, zu den Fragen Stellung zu nehmen. Die AB-BA beobachtet das Geldwäscherei-Verfahren Magnitski im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit und hat sich von der BA dazu an ihrer Sitzung vom 7. Dezember 2020 informieren lassen. Die Einstellungsverfügung der BA kann von den Parteien bei der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts angefochten werden. Allfällige eigene aufsichtsrechtliche Untersuchungen könnte die AB-BA erst einleiten, nachdem die Einstellungsverfügung in Rechtskraft erwachsen ist.

Die Antwort der BA im Einzelnen:

Im Sinne einer Einordnung ist vorab folgendes festzuhalten: Die Strafbehörden sind von Gesetzes wegen in der Rechtsanwendung unabhängig und allein dem Recht verpflichtet (Art. 4 Abs. 1 der Strafprozessordnung, StPO). Die inhaltliche Kontrolle richterlicher Entscheide und von Entscheiden der BA ist gemäss Art. 26 Abs. 4 des Parlamentsgesetzes von der parlamentarischen (Ober-) Aufsicht ausgeschlossen. Diese Regelung dient unter anderem dem Schutz der eidgenössischen Gerichte und der BA vor politischer Einflussnahme. Dem Schutz der Unabhängigkeit der Strafbehörden

dient schliesslich auch das dem schweizerischen Rechtsstaat inhärente System der Gewaltenteilung.

Gemäss Art. 38 Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAG) tauschen die BA und die FINMA die im Rahmen der Zusammenarbeit und zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Informationen aus und koordinieren ihre Untersuchungen, soweit möglich und erforderlich.

Für Informationen zum Strafverfahren, das Gegenstand vorliegender Frage bildet, verweist die BA auf die Antworten der AB-BA in der Fragestunde vom 07.12.2020 ([20.5812](#), [20.5864](#) und [20.5928](#)).

**NATIONALRAT – CONSEIL NATIONAL**  
Wintersession 2020 – Session d'hiver 2020

**2020.6038**

Frage Python  
Question Python

**Covid-19. Wie werden Risikopersonen geschützt?**

Text der Frage vom 9. Dezember 2020

Ich stelle diese Frage für Stefania Prezioso Batou, die aufgrund einer Erkrankung im Zusammenhang mit Covid-19 nicht an der Sitzung teilnehmen kann.

Der Kanton Genf hat kürzlich entschieden, dass die Distanz von 1,5 Metern in Restaurants auch eingehalten werden muss, wenn Plexiglasscheiben vorhanden sind. Die Anschaffungen der Restaurantbesitzerinnen und -besitzer waren also umsonst.

- Leisten solche Trennwände irgendeinen Beitrag zum Schutz der Nationalrätinnen und Nationalräte?
- Müssten im Nationalratssaal nicht dieselben Regeln gelten wie in den Restaurants?

**Covid-19: quelles protections des personnes a risque?**

Texte de la question du 9 décembre 2020

Je pose cette question en l'absence de S. Prezioso Batou, empêchée de siéger pour cause de maladie liée au Covid-19.

Le canton de Genève vient de décider que le plexiglas ne justifiait pas la réduction de la distance sociale de 1,5 m dans les restaurants. Les restaurateurs en ont pour leurs frais.

- Ces cloisons ont-elles une quelconque utilité pour protéger les conseillers nationaux?
- Les mêmes règles ne devraient-elles pas s'appliquer au Conseil national?

**Antwort des Büros vom 14. Dezember 2020**

Die Fragestellerin bezieht sich auf Entscheide des Kantons Genf und zieht daraus Schlüsse für den Nationalrat. Diese kantonalen Entscheide gelten jedoch nicht für den Nationalrat, für den das Bundesrecht massgebend ist. Gemäss Letzterem dürfen Versammlungen der Legislative tagen (Covid-19-Verordnung besondere Lage vom 19. Juni 2020). Das Schutzkonzept des Parlaments erfüllt die Vorgaben des Bundesamtes für Gesundheit (BAG).

**Réponse du bureau du 14 décembre 2020**

L'autrice de la question fait référence aux décisions prises par le canton de Genève pour en tirer des conclusions pour le Conseil national. Or, les décisions cantonales ne valent pas pour le Conseil national qui applique le droit fédéral. Ce dernier permet aux assemblées législatives de siéger (Ordonnance COVID-19 situation particulière, du 19 juin 2020). Le concept de protection du Parlement répond aux exigences de l'Office fédéral de la santé publique (OFSP).